



Ausarbeitung

Deutsche Olympiabewerbungen

Historischer Überblick und aktuelle Problemlagen



Deutsche Olympiabewerbungen

Historischer Überblick und aktuelle Problemlagen

Verfasser: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 10 - 3000 - 058/14
Abschluss der Arbeit: 8. September 2014
Fachbereich: WD 10: Kultur, Medien und Sport
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Kosten und Nutzen von Sportgroßveranstaltungen	5
3.	Das gesellschaftliche und regulative Umfeld von Olympischen Spielen	7
4.	Deutsche Olympiabewerbungen	15
4.1.	Olympische Spiele 1936 (Berlin und Garmisch-Partenkirchen)	16
4.2.	Olympische Winterspiele 1960 (Squaw Valley)	16
4.3.	Olympische Sommerspiele 1972 (München)	17
4.4.	Olympische Winterspiele 1992 (Albertville)	18
4.5.	Olympische Sommerspiele 2000 (Sidney)	18
4.6.	Olympische Sommerspiele 2012 (London)	19
4.7.	Die Münchner Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018 (Pyeongchang)	20
5.	Deutsche Kandidaturen für Olympische Spiele nach 2020	23
6.	Literatur	31
7.	Anlagen	37

1. Einleitung

Die bisherigen **Erfahrungen mit sportlichen Großveranstaltungen** zeigen sich in einem recht vielfältigen Muster. Im Fall der Olympischen Sommerspiele von **Los Angeles im Jahr 1984**, mit denen von Anfang an ein kommerzielles Ziel verfolgt worden war, wurden ausschließlich bereits bestehende Sporteinrichtungen verwendet und letztlich wurde hoher Gewinn bei der Durchführung der Spiele erzielt. Auch für die Spiele in **Sydney im Jahr 2000** war die Bilanz positiv: Es wurden mehr Touristen angelockt, und die Infrastruktur wurde ausgebaut. Ein besonders abschreckendes Beispiel der Olympischen Geschichte ist jedoch **Montreal 1976**, das noch bis November 2006 die Schulden für die Austragung bezahlen musste. Die Stadt erstellte viele neue Einrichtungen, darunter auch ein sehr teures olympisches Stadion. Während das Organisationskomitee Montreal mit einem Überschuss abschloss, führte das Infrastruktur-Budget der Spiele zu hohen Defiziten im städtischen Haushalt. Neben der Fehlkalkulation kam hinzu, dass der kanadische Staat keine öffentlichen Mittel zum Ausgleich des Defizits bereitstellte und dass damit die finanziellen Folgelasten einseitig der Stadt Montreal und der frankophonen Provinz Quebec aufgebürdet wurden.¹

Angesichts der **Unsicherheit** hinsichtlich der längerfristigen ökonomischen und sozialen Effekte Olympischer Spiele existiert naturgemäß ein hohes **Bewerbungsrisiko** für potentielle Ausrichterstädte. Die Risiken einer Olympia-Austragung und ihre Folgen auf Finanzen, Infrastruktur, Umwelt und soziale Teilhabe werden **seit langem kontrovers** diskutiert. Eine allgemeingültige quantifizierbare Risikoanalyse wird dadurch erschwert, dass die **Ausgangssituation** der Bewerber- und Austragungsstädte recht unterschiedlich ist. Viele Faktoren wie zum Beispiel das Vorhandensein bereits verfügbarer Sportstätten, die Aktivierung von privaten oder staatlichen Geldgebern, die Finanzlage der Stadt oder umweltpolitische Gegebenheiten spielen dabei eine wichtige Rolle. Die **Kosten einer Austragung** der Spiele lassen sich deshalb nur schwer vorab beziffern. Wie die Erfahrung aber zeigt, erweisen sich viele dieser sportlichen Großveranstaltungen im Lauf der Vorbereitungen und der Durchführung erheblich teurer als veranschlagt² und führen nicht selten zu erheblichen finanziellen **Belastungen der Ausrichterstädte**. Hervorgehoben wird aber auch, dass Olympische Spiele bei günstigen Voraussetzungen und bei effizienter Planung und Durchführung durchaus einen positiven Effekt auf die Austragungsorte und auf die gesamte Wirtschaft haben können. Als beispielhaft gelten in diesem Zusammenhang die **Spiele von London 2012**. Im Folgenden werden die **wesentlichen Facetten sportlicher Großereignisse** skizziert und im Hinblick auf die sozialen und ökonomischen Auswirkungen überprüft. Nach einem Überblick über **deutsche Olympia-Bewerbungen** in der Vergangenheit werden abschließend die **Perspektiven für aktuelle Interessenbekundungen** deutscher Städte dargestellt.

1 Vgl. dazu auch ANDRANOVICH (2001).

2 Die tatsächlichen Kosten lagen bei Olympischen Spielen am Ende fast immer deutlich über den zunächst veranschlagten Lasten. So haben Wissenschaftler der Universität Oxford errechnet, dass die Kosten für die Sommerspiele von 1960 bis 2012 durchschnittlich 252 Prozent über dem Plan lagen (FLYVBJERG/STEWART 2012). Vgl. dazu auch NOOIJ (2014).

2. Kosten und Nutzen von Sportgroßveranstaltungen

Weit verbreitet ist die Vorstellung, **Olympische Spiele** oder **Fußballweltmeisterschaften** würden dem organisierenden Land enorme **wirtschaftliche Vorteile** verschaffen. Befürworter der Spiele neigen hingegen dazu, die Olympischen Spiele als ein allumfassendes konjunktur-, struktur- und wachstumspolitisches Programm zu interpretieren, das zudem besonders attraktiv sei, weil es zum großen Teil über externe Fernseh- und Marketinggelder finanziert werde. Insbesondere gelten Olympische Spiele nach einer in der Praxis weit verbreiteten Überzeugung als wirkungsvolles Element in strukturpolitischen Konzepten und damit als wettbewerbsstrategisches Instrument in der Standortkonkurrenz um Investoren, Touristen und produktive Arbeitsbevölkerung. Andere warnen jedoch vor finanziellen Belastungen für die Stadt und die Steuerzahler,³ insbesondere vor sozioökonomischen Problemen wie Miet- und Baupreissteigerungen.⁴ Zwar wird den Großereignissen von vielen Wissenschaftlern ein wirtschaftsförderndes Potenzial nicht generell abgesprochen. Angesichts der nur vorübergehenden Natur der Veranstaltungen und des im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt relativ geringen, unmittelbar eventinduzierten Impulses für die gesamtwirtschaftliche Aktivität wird eine generell gültige Effektivität öffentlicher Investitionen in diese sportlichen Großveranstaltungen – nicht zuletzt im Hinblick auf die Kosteneffizienz – häufig in Zweifel gezogen.⁵ Hinzu kommen **nicht-ökonomische Effekte**. Sportgroßveranstaltungen sind jedoch sehr komplex und haben nicht nur offensichtlich messbare sportliche und ökonomische Dimensionen, sondern auch andere schwer zu quantifizierende Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt (PAYNE 2014). Der externe, nicht monetäre Nutzen besteht vor allem in einer vergrößerten Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Heimatregion und in einem gesteigerten Freizeit- und Erlebniswert. Sportevents und international erfolgreiche Athleten bieten zudem nationale Repräsentationsmöglichkeiten und leisten somit einen Beitrag zu **Imageaufbau und Ansehen eines Landes** im Ausland. Image- und Werbeeffekte für die Stadt und die Region führen dann nicht nur zu steigenden Tourismuszahlen, sondern möglicherweise sogar zu einer Steigerung der Attraktivität als Industriestandort. Außerdem bringt die Austragung von Sportevents **infrastrukturelle und städtebauliche Veränderungen** mit sich, die die Position im Standortwettbewerb begünstigen können (AHLERT 2006). Zu fragen ist auch, inwieweit diese Sportgroßveranstaltungen mit öffentlichen Geldern finanziert werden sollen. Begründet wird die

3 Sehr instruktiv der Beitrag von Karolina TETLAK (2013) zu den steuerlichen Sonderregelungen bei den Olympischen Spielen London 2012.

4 Der Stand der Literatur und der öffentlichen Debatte ist recht heterogen. So bestehen insbesondere Unsicherheiten darüber, unter welchen Bedingungen sowie in welchem Ausmaß Großereignisse wirtschaftspolitischen Zielen dienen und damit auch eine staatliche Förderung rechtfertigen (PREUSS 2009; PREUSS u. a. 2009b; BÜCH u. a. 2011, 2012; FRANKE 2010; THÖNI/BARTH 2012). Eine umfangreiche Bibliographie findet sich in IOC (2014).

5 Vgl. dazu auch die recht unterschiedlichen Einschätzungen des volkswirtschaftlichen Werts von Fußballweltmeisterschaften (BRENKE/WAGNER 2007; MAENNIG 2007; HUSCHKA/BRUHN/WAGNER 2010; BRENKE/WAGNER 2014).

öffentliche Sportförderung üblicherweise damit, dass diese auch als ein Instrument zur **Förderung von Wirtschaftswachstum** und Beschäftigung eingesetzt werden kann.⁶ Auch Sportgroßveranstaltungen erhalten öffentliche Förderung, für die die gleichen Gründe angeführt werden. Die mediale Präsenz von Sportlern und Sportveranstaltungen erhöht den Bekanntheitsgrad einer Region und hat Werbeeffekte für die Region. Über die zusätzlichen Nachfragesteigerungen hinaus, die von auswärtigen Besuchern von Sportveranstaltungen ausgehen, kann der Tourismusbereich profitieren. Zudem kann das regionale Sportangebot als weicher Standortfaktor einen Beitrag zum Freizeit- und Erlebniswert der Region leisten. Sofern diese Werte für Arbeitskräfte bei der Wahl ihrer Arbeitsstätte oder für Unternehmen bei der Wahl ihres Standortes entscheidungsrelevant sind, kann das Sportangebot das wirtschaftliche Wachstum einer Region positiv beeinflussen. Die öffentliche Sportförderung gerät aber zunehmend in die Diskussion, zumal sich in den letzten Jahren durch die **Kommerzialisierung und Medialisierung des Sports** sowie durch veränderte Präferenzen der Nachfrager vermehrt neue Organisations- und Angebotsformen am Markt etablierten (THÖNI/BARTH 2012).

Neben der **Unsicherheit** darüber, wie hoch die Effekte der Olympischen Spiele tatsächlich sein werden, existiert offensichtlich ein hohes **Bewerbungsrisiko** für potentielle Ausrichter-Städte. Viele Städte haben sich mehrfach vergeblich um die Ausrichtung Olympischer Spiele beworben. Die Ausrichtung von Olympischen Spielen beinhaltet somit Chancen und Risiken. Hinzu kommt, dass die jeweilige Stadt über ein spezifisches **Standortprofil** mit Stärken und Schwächen verfügt. Beide Dimensionen – das jeweilige Profil sowie erwartete Kosten und Nutzen – müssen sorgfältig geprüft und gegebenenfalls in einem **standort- und entwicklungspolitischen Konzept** miteinander in Einklang gebracht werden. Gleichwohl überwiegt gerade in jüngerer Zeit eine deutliche Skepsis hinsichtlich ökonomischen, fiskalischen und ökologischen Wirkungen von solchen Sportgroßveranstaltungen. In der Kritik stehen inzwischen auch die großen Sportverbände, deren Verhalten heute vielfach als eine wesentliche **Ursache für die Fehlentwicklungen** im Sport angesehen wird.⁷ Neben einer wachsenden Grundsatzkritik an dem **Verhalten der großen Sportverbände**, wie dem IOC oder der FIFA, werden dabei die ökonomischen und gesellschaftlichen Risiken diskutiert. Hierzu zählen beispielsweise die Frage nach der Amortisation der hohen Investitionskosten oder auch die Unsicherheiten, die bezüglich der Folgenutzung bestehen. Aber auch die **ökologischen Folgen** solcher Veranstaltungen, wie z. B. Eingriffe in sensible Naturräume oder negative Auswirkungen durch Abfall, Emissionen,

6 LANGER (2006a; 2006b) stellt etwa fest, dass an unmittelbaren Transferleistungen jährlich etwa 3,9 Mrd. Euro in die staatliche Sportförderung fließen. Über das Ausmaß der Sportförderung geben die jeweiligen Sportberichte der Bundesregierung Auskunft. Der mit Abstand größte Förderer des Sports ist die öffentliche Hand. Kommunen, Länder und Bund leisten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten einen Beitrag: Ihrer Zuständigkeit für das weite Spektrum des Breitensports entsprechend haben die Kommunen und Länder dabei den weitaus größten Anteil an der staatlichen Sportförderung (BUNDESREGIERUNG 2010: 17ff.).

7 Vgl. etwa einen Beitrag von Thomas Kistner im Deutschlandfunk vom 12. Januar 2014 („Olympischer Gigantismus“), abrufbar unter www.deutschlandfunk.de/olympischer-gigantismus-gipfel-der-absurditaet.1346.de.html?dram:article_id=274384.

Energie- und Wasserverbrauch sind wichtige Themen in der Diskussion über die Auswirkungen von Sportgroßveranstaltungen.⁸

Auch der **Deutsche Bundestag** hat sich in diesem Sinn mit künftigen Bewerbungen um sportliche Großveranstaltungen beschäftigt. So wird in einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf verwiesen, dass die **Vergabe und Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen** sich an der Wahrung menschen- und bürgerrechtlicher Grundwerte und der Einhaltung verlässlicher ökologischer und infrastruktureller Standards ausrichten müsse. Hierzu sei die Begleitung und transparente Gestaltung des Prozesses von der Vergabe eines Sportgroßereignisses bis zur Durchführung notwendig. Auch auf politischer Ebene müsse ein Beitrag dazu geleistet werden, dass Sportgroßveranstaltungen nach einem transparenten, nachvollziehbaren, glaubwürdigen und international anerkannten Maßstab vergeben und durchgeführt werden. Sportorganisationen müssten deshalb mit Nichtregierungs- und insbesondere Menschenrechtsorganisationen Richtlinien im Hinblick auf menschen- und bürgerrechtliche, ökologische und infrastrukturelle Standards für Vergabe und Durchführung von Sportgroßveranstaltungen erarbeiten und deren Einhaltung kontinuierlich überprüfen.⁹ Das Thema war auch Gegenstand einer Orientierungsaussprache im Rahmen der Tagung des **Ministerrats für Bildung, Jugend, Kultur und Sport** vom 20./21. Mai 2014 in Brüssel über die wirtschaftliche, soziale und ökologische **Nachhaltigkeit sportlicher Großveranstaltungen**. In der Aussprache wurde betont, dass zur Wahrung des langfristigen Erbes für die gastgebende Stadt oder das gastgebende Land die Planung sehr wichtig sei, wobei der Schwerpunkt auf **multifunktionale Infrastrukturen**, die von den Kommunen langfristig genutzt werden könnten, gelegt werden müsse. Auch der Verknüpfung von privater und öffentlicher Finanzierung kommen eine große Bedeutung zu.¹⁰

3. Das gesellschaftliche und regulative Umfeld von Olympischen Spielen

Gerade für den **Spitzensport** ist Leistung konstitutiv. Entsprechend ist eine erfolgreiche Bilanz für Athletinnen und Athleten, das Team, den Verband und bei internationalen Wettkämpfen für die Nation von großer Bedeutung. Die olympische **Devise „citius, altius, fortius“** beschreibt ein zentrales Charakteristikum des modernen Hochleistungssports. Der Leistungsimperativ ist zu

8 Vgl. dazu die Dokumentation des 18. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports, veranstaltet vom DOSB am 09.-10. Dezember 2010 in Bodenheim; das Dokument ist abrufbar unter http://www.klimaschutz-im-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/umwelt-sportstaetten/Veroeffentlichungen/Doku_Symp_2010_gesamt.pdf.

9 Vgl. dazu Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 17/9982) „Vergabekriterien für Sportgroßveranstaltungen fortentwickeln – Menschen- und Bürgerrechte bei Sportgroßveranstaltungen stärker berücksichtigen“ (BT-Drs. 17/14091, 25.06.2013); vgl. außerdem die Grundsätze einer transparente Olympiabewerbung sowie einen Entwurf eines Ethik-Codes für die Bewerbung; die Dokumente finden sich zusammen mit einer Presserklärung vom 12. August 2014 zur beabsichtigten Bewerbung Hamburgs und Berlins unter http://www.transparency.de/14-08-12_Transparente-Olympiab.2515.0.html?&contUId=5766.

10 Vgl. dazu Ratsdokument 8751/14 vom 30. April 2014. Vgl. dazu auch die Informationen unter <http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus?lang=de&focusID=112419>.

einem konstituierenden Merkmal des Sports geworden. Dies geht einher mit einer stark gewachsenen wirtschaftlichen Bedeutung des Sports, die sich bereits seit geraumer Zeit auf die gesamte Organisation des heutigen Sport- und Wettkampfsystems auswirkt.¹¹ Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die mit der Ausübung des Leistungssports traditionell angesprochen sind (etwa Teamgeist, Fairness und Leistungsbereitschaft),¹² werden dadurch durch ein besonderes System der **Professionalisierung** und **Kommerzialisierung** im Kontext einer neuen medialen Inszenierungskultur überlagert. Einen markanten Einschnitt markiert etwa die Zulassung privater Fernsehsender am Anfang der 1980er Jahre. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten haben sich inzwischen diesem Trend zur **Inszenierung und Eventisierung** des Sports angeschlossen.¹³ Der Hochleistungssport – häufig auch als Spitzensport bezeichnet¹⁴ – gilt gerade wegen seiner medialen Wirksamkeit als eine **wichtige Visitenkarte** eines Landes. Spitzensport ist insofern nicht nur ein **Sinnbild für individuelle Leistung** und menschliches Können, sondern auch Ausdruck des **Wettbewerbs zwischen Nationen**, bei dem der Gewinn möglichst vieler Medaillen im Vordergrund steht. Sportliche Höchstleistungen sind deshalb nicht nur das Ergebnis individueller Anstrengungen, sondern auch Ausdruck staatlicher Unterstützung und Förderung. Nicht zu übersehen ist deshalb, dass sich die Praxis des Spitzensports immer weiter von der ursprünglichen Idee der Partizipation in einem Wettstreit von Individuen¹⁵ entfernt hat.

Der das internationale Sportgeschehen lange Zeit dominierende „Kampf der Systeme“ gehört der Vergangenheit an. Das größere Konfliktfeld ist heute das **Verhältnis von Sport und Wirtschaft**, wobei die Einflussnahme wirtschaftlicher Interessen auf den olympischen Sport insgesamt deutlich gestiegen ist. Der Sport ist von der Hightech-Ausrüstung der Höchstleistungssportler bis zur sportlichen Mode von Freizeitsportlern und über die mediale Berichterstattung und Werbung sowie Sponsoring einer der größten Wirtschaftszweige der Welt. Gerade die Abhängigkeit von

-
- 11 Oft werden die Sportler auch als Repräsentanten der Sponsoren sowohl außerhalb des Wettkampfes als auch über ihre aktive Laufbahn hinaus tätig.
- 12 Vgl. dazu ausführlich GÜLDENPFENNIG (2008) und BRAUN (1998; 1999; 2000).
- 13 Ein wichtiges Charakteristikum ist die Verwandlung von Sportarten in Medienspektakel (HORKY 2009; HOFFMANN-RIEM 2009). Karl-Heinrich BETTE (2009) verweist in diesem Zusammenhang auf eine spezifische „Ikonographie des Heldentums“: Die Sportler erscheinen hier als Retter und Erlöser oder auch als Märtyrer, die sich für Verein, Volk und Vaterland opfern.
- 14 Umgangssprachlich wird der Begriff Leistungssport oft mit Hochleistungssport (auch Spitzensport) gleichgesetzt. Hochleistungssport ist jedoch Leistungssport, der mit dem ausdrücklichen Ziel betrieben wird, Spitzenleistungen im internationalen Maßstab zu erzielen. Die Ausübung des Hochleistungssports erfolgt in der Regel in einem von nationalen und internationalen Sportverbänden organisierten und strukturierten Wettkampfsystem. An der Spitze dieses Wettkampfsystems stehen Weltmeisterschaften und Weltcup-Serien sowie in vielen Sportarten die Olympischen Spiele. Im Englischen wird dabei von „top level sports“ oder „elite sports“ gesprochen (HOULIHAN und GREEN 2008).
- 15 Die Olympische Charta betont: „The Olympic Games are competitions between athletes in individual or team events and not between countries.“ Die Charta findet sich auf der Internetseite des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) unter http://www.olympic.org/Documents/olympic_charter_en.pdf. Eine deutsche Fassung (Olympische Charta 2014) ist aufrufbar unter http://www.dosb.de/fileadmin/Bilder_allgemein/Veranstaltungen/Sotschi_2014/Olympische_Charta_2014.pdf.

Sponsoren hat das **Internationale Olympische Komitee (IOC)**¹⁶ zu einer Neubewertung dieser Beziehungen gezwungen. Man will eine zu starke Kommerzialisierung vermeiden und die Olympischen Ideale wieder stärken. Dies erfolgt, indem das IOC die Sponsoren darüber aufzuklären versucht, wie man die Olympischen Ideale für kommerzielle Zwecke optimal nutzen kann, ohne diese zu schädigen. Außerdem will das IOC Langzeitverträge mit Sponsoren und Medienkonzernen abschließen, wovon man sich ein stärkeres Verantwortungsgefühl für die Marke „Olympia“ verspricht. Inzwischen hat das IOC **die alleinige Kontrolle bei den Verhandlungen** mit den Sponsoren und den Fernsehanstalten übernommen. Bediente man sich früher der Kompetenzen von Agenturen und des jeweiligen **Organisationskomitees der Spiele (OCOG)**,¹⁷ so wird inzwischen die **gesamte Vermarktung** der Spiele vom IOC geleitet. Auf der einen Seite ist die Macht des IOC dadurch gegenüber den Ausrichtern gestiegen, auf der anderen Seite hat das finanzielle Risiko der Bewerberstädte abgenommen, da das IOC nun ungefähr 40 Prozent der Vermarktungseinnahmen für die Organisation der Spiele bereitstellt, noch bevor die Auswahl des nächsten Gastgebers erfolgt ist (PREUSS 2013; ADOLPHSEN 2013).¹⁸ Jedoch resultiert die Verteilung von Nutzen und Kosten weiterhin dem spezifischen **Geschäftsmodell** des Internationalen Olympischen Komitees, das den **Anreizstrukturen** von Franchise-Unternehmen folgt. Das **IOC als Rechteinhaber** der Spiele erlaubt den Ausrichtern, die Marke „Olympische Spiele“ zu nutzen. Dabei verteilt das IOC 90 Prozent seiner Einnahmen an 205 Nationale Olympische Komitees, 33 Weltsportverbände und die Organisationskomitees der jeweiligen Olympischen Spiele (OCOG).¹⁹ Letztere sind privatwirtschaftlich organisiert und für die unmittelbare Durchführung der Spiele von der Eröffnungs- bis zur Schlussfeier verantwortlich.

Olympische Spiele sind Mega-Sportevents, die nicht allein von einer Anspruchsgruppe finanziert werden. Auch die **Nutzen und Kosten der Spiele** lassen sich auch nicht einfachen Zielgruppen zuordnen. Will man dann noch die zahlreichen positiven und negativen externen Effekte berücksichtigen, so lässt sich feststellen, dass viele gesellschaftliche Gruppen von den Spielen betroffen sind. Die unterschiedlichen Einflusszonen der beteiligten Akteure fokussieren

-
- 16 Das Internationale Olympische Komitee – englisch: International Olympic Committee (IOC), die Abkürzung IOC ist auch im Deutschen gebräuchlich – ist eine nichtstaatliche Organisation mit Sitz in Lausanne (Schweiz). Zweck des Komitees, das aus bis zu 115 regulären Mitgliedern besteht, ist die Organisation und Betreuung der Olympischen Spiele. Rechtlich handelt es sich um einen im Handelsregister eingetragenen Verein im Sinne von Art. 60 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Es hält die Schirmherrschaft über die olympische Bewegung – wozu auch die Paralympics gehören (www.paralympic.org) – und beansprucht alle Rechte an den olympischen Symbolen, wie Fahne, Mottos und Hymne, sowie an den Spielen selbst. Seine Hauptverantwortung liegt in der Betreuung und Organisation der Sommer- und Winterspiele (<http://www.olympic.org/olympic-games>).
- 17 Das IOC ist nicht für die Durchführung der Olympischen Spiele verantwortlich, es ist eher in der Rolle eines Aufsichtsorgans. Es betraut den Austragungsort sowie das NOK des Gastlandes mit der Organisation der Olympischen Spiele. Das lokale Organisationskomitee der Olympischen Spiele kümmert sich um die praktischen Aspekte der Vorbereitungen. Vgl. <http://www.olympic.org/ioc-governance-organising-committees>. Vgl. dazu auch ausführlich BÜCH (2013).
- 18 Die Bewerberstadt muss umfangreiche Garantien abgeben, die in einem Host-City-Vertrag geregelt werden. Vgl. dazu die Informationen unter <http://www.olympic.org/sponsors> sowie kritisch zur Vertragsgestaltung <http://www.nolympia.de/grunde-gegen-olympia-2018/vertrage-des-ioc/>.
- 19 Vgl. <http://www.olympic.org/ioc-financing-revenue-sources-distribution>.

sich auf unterschiedliche sachlichen Bereiche von sportlichen Großveranstaltungen. Es geht deshalb nicht allein darum, die gesamtstaatliche oder gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Olympischen Spiele zu ermitteln, sondern um die Analyse der jeweiligen **Akteure und Interessengruppen**, die in bestimmten Maß von den Spielen profitieren bzw. durch die unmittelbaren Kosten oder den Folgekosten belastet werden. Dies bedeutet, dass der Zweck der Olympischen Spiele nicht nur in der Schaffung von Werten für die Olympische Familie (IOC, NOKs und IF) zu sehen ist, sondern auch für Gruppen, die außerhalb stehen (Zuschauer, Unternehmer, Politiker etc.). In dieser Perspektive lassen sich das IOC und das **Organisationskomitee der Spiele (OCOG)**²⁰ als **Koordinationsinstanzen** verstehen, die widersprechenden Interessen mehrerer Anspruchsberechtigter gerecht werden müssen.

Das IOC verwaltet die olympische Bewegung und **beansprucht allerdings alle Rechte** an den olympischen Symbolen, wie Fahne, Mottos und Hymne, sowie an den Spielen selbst und weitere Sonderrechte, die im jeweiligen **Host-City-Vertrag** geregelt werden.²¹ Dies ermöglicht eine exklusive und zugleich äußerst lukrative Vermarktung der Olympischen Spiele zu Gunsten des IOC. Die Bewerberstädte müssen dazu umfangreiche Garantien abgeben, die über den Host-City-Vertrag einschließlich umfangreiche Anhänge geregelt werden. Bisher waren Staaten und potentielle Ausrichterorte in der Regel recht schnell bereit, bereits im Vorfeld auf alle Bedingungen des IOC einzugehen, obwohl das Geschäftsgebaren des IOC als sehr umstritten gilt (LOUW 2012). So verlangt das IOC etwa von den Gastgeberländern der Spiele einen vollständigen **Schutz der olympischen Symbole**. Diese konnte bisher nicht ohne weiteres durchgesetzt werden, da die Markenämter stets ein Allgemeininteresse an der freien Benutzung durch jedermann festgestellt hatten. Um beispielsweise die Bewerbung Leipzigs um die Spiele 2012 nicht zu gefährden, gab der **Deutsche Bundestag 2004** der Forderung des IOC nach einem **Olympiaschutzgesetz**, um dem IOC eine uneingeschränkte Geschäftstätigkeit zu ermöglichen.²² Nach dem Olympiaschutzgesetz dürfen Be-

-
- 20 Insbesondere bei Sportorganisationen sind bisher Begriffe wie Businessplan und strategische Ziele nur wenig debattiert worden, obwohl die sportlichen Großveranstaltungen sich in einem sehr komplexen Umfeld mit vielen verschiedenen Anspruchsgruppen befinden mit divergierenden Zielsetzungen und Erwartungen befinden (DIEBL 2009); dazu gehören neben der Akteuren der veranstaltenden Institutionen (IOC, Fachverbände, nationale Olympische Komitees) Anspruchsgruppen wie etwa die Athleten, die Zuschauer, die Rundfunkanstalten, die Sponsoren, die Lieferanten sowie die staatlichen Akteure und die „Öffentlichkeit“ (PREUSS 2012: 5).
- 21 Nach den Erfahrungen von Montreal hat das IOC den sog. „Host City Contract“ (vgl. Charta, Regel 34, Durchführungsbestimmung zu Regel 34, Ziff. 3.3) eingeführt, durch den Ausrichter der Olympischen Spiele an ihre Angebote gebunden werden. Vgl. dazu die Vertragsgestaltung am Beispiel der Münchner Bewerbung für 2018, abrufbar unter www.nolympia.de/grunde-gegen-olympia-2018/vertrage-des-ioc/. Der City Host Contract für die Londoner Spiele 2012 findet sich unter www.gamesmonitor.org.uk/files/Host%20City%20Contract.pdf.
- 22 Bereits im Gesetzgebungsverfahren wurden deutliche Bedenken geäußert: In einer Stellungnahme stellt der Bundesrat fest, dass das Schutzniveau – insbesondere in Anbetracht von § 3 Abs. 2 OlympSchG “unnötig hoch” sei (BT-Drucks. 15/1669 -13- Anlage 2). Trotz dieser Bedenken wurde daraufhin das Gesetz vom Bundesrat gebilligt und vom Bundestag beschlossen. Vgl. Gesetz zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen vom 31. März 2004 (BGBl. I S. 479), das durch Artikel 5 Absatz 8 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3799) geändert worden ist; abrufbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/olympschg/BJNR047900004.html>.

griffe wie Olympia, Olympiade, olympisch oder das Emblem der Olympischen Spiele ausschließlich vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) oder dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) im geschäftlichen Verkehr verwendet werden.²³

Jedoch wird die Vertragsgestaltung mit dem Olympischen Komitee heute vielfach kritisch beurteilt.²⁴ Die Folge sind beispielsweise **abgebrochene Bewerbungen**, wie etwa jene von **München** für die Olympischen Winterspiele 2022.²⁵ Nachdem München bei der Wahl für die Olympischen Winterspiele 2018 unterlegen war, scheiterte eine Bewerbung für 2022 am 10. November 2013, als bei allen vier durchgeführten Bürgerentscheiden die nötige Mehrheit nicht erreicht wurde. Gleiches gilt für **St. Moritz**: Am 3. März 2013 stimmten zwar die Bürger von St. Moritz der kantonalen Vorlage Olympische Winterspiele 2022 in Graubünden zu, der Kanton Graubünden insgesamt lehnte den Kredit für die Kandidatur allerdings ab (52,66 % zu 47,43 %).²⁶ Die **Stockholmer Bewerbung** scheiterte am Widerstand der Bevölkerung sowie Teilen der Politik. Gleiches gilt für **Krakau** und **Barcelona**, die ebenfalls eine Bewerbung beabsichtigten und diese dann wieder aufgaben.²⁷

Weit verbreitet ist die Vorstellung, **Olympische Spiele** oder **Fußballweltmeisterschaften** würden dem organisierenden Land oder der jeweiligen Region enorme wirtschaftliche Vorteile verschaffen. Die positiven Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft werden **vor allem von den Organisatoren unterstrichen**.²⁸ Sie betonen die Impulse für den Tourismus und das lokale Gewerbe sowie die Verbesserung der Infrastruktur. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen sportlichen Großveranstaltungen sind nach aller Erfahrung sehr gemischt. Dabei ist es nicht einfach zu erfassen, ob sie für das jeweilige Gastgeberland **tatsächlich wirtschaftlich vorteilhaft waren**. Eine von Großveranstaltungen beinahe untrennbare Konstante stellt dann die finanzielle Lücke dar, die zwischen **veranschlagtem Veranstaltungsbudget und den tatsächlichen Gesamtkosten** entsteht. Der Fall der Olympischen Spiele 1976 im kanadischen **Montreal** stellt ein vielzitiertes Negativbeispiel dar. Die endgültigen Kosten von 1,5 Mrd. US-Dollar (1,1 Mrd. Euro) überstiegen die ursprünglich veranschlagten Kosten von 310 Mio. US-Dollar (227 Mio. Euro) um das Fünffache. Bei der **Fußballweltmeisterschaft in Südafrika** wurden die Kosten in der ersten Bewerbung mit 343

23 Der Bundesgerichtshof (BGH) hat kürzlich darüber entschieden, wie weit der Schutz des OlympSchG reicht und ob das Gesetz als solches verfassungsgemäß ist. In der Vorinstanz hatte das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht (OLG Schleswig) im Jahr 2013 entschieden, dass bereits eine Werbung mit einem „Olympia-Rabatt“ oder „olympischen Preisen“ unzulässig ist und vom DOSB abgemahnt werden kann (Az. 6 U 31/12). Bei einer mündlichen Verhandlung am 15. Mai 2014 stellte der BGH klar, dass er keine Bedenken gegen die Verfassungskonformität des Gesetzes habe, weshalb er es nicht dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorlegen wird.

24 Im Hinblick auf London 2012 vgl. insbesondere die Beiträge von Jules Boykoff; die Dokumente sind abrufbar unter <http://julesboykoff.org/olympics/>.

25 Eine kritische Bewertung der Olympia-Bewerbung „München 2022“ findet sich unter <http://gradraus.de/grdrswp/wp-content/uploads/2013/10/Nolympia-Kurzfassung-endg%C3%BCltig.pdf>; zum Bürgerentscheid vgl. http://www.buergerservice.gapa.de/portal/wahl/180117_000072.

26 Vgl. http://www.gr.ch/DE/publikationen/abstimmungenwahlen/resultate/Seiten/2013_03_03_Resultat.aspx.

27 Vgl. kritisch zur Vertragsgestaltung <http://www.nolympia.de/grunde-gegen-olympia-2018/vertrage-des-ioc/>.

28 Vgl. die Darstellungen in BAIRNER/GYOZO (2010) und POYNTER/MACRURY (2009).

Mio. US-Dollar (251 Mio. Euro) veranschlagt. Mit rund 7 Mrd. US-Dollar (5,1 Mrd. Euro) waren die tatsächlichen Kosten mehr als zwanzig Mal so hoch, wie ursprünglich erwartet. Auch im Fall der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien werden die Kosten, nach derzeitigen Schätzungen, mit rund 40 Mrd. US-Dollar (30 Mrd. Euro) die ursprüngliche Kalkulation von 15 Mrd. US-Dollar (11 Mrd. Euro) bei weitem übersteigen. Dies ist kein ausschließliches Problem von Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch für die **Olympischen Spiele in London 2012** sind die Kosten um mehr als das Dreifache angestiegen. Häufig werden auch die Instandhaltungskosten der Post-Event-Phase nicht bedacht und die Veranstaltungsstätten verwahrlosen im Anschluss an die Veranstaltung, wie an den Veranstaltungsstätten der Olympischen Spiele in Athen 2004 und dem Expo-Gelände von Sevilla 1992 zu sehen ist (DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT 2013: 18).

Studien, die regelmäßig zum Zweck der **Bewerbung und der Motivierung der Politik** und der Bevölkerung vor den Spielen erstellt werden, kann jedoch nur mit Vorbehalten begegnet werden. Sie weisen einen **wirtschaftlichen Vorteil** aus, der dann später – nach aller Erfahrung - nicht verzeichnet werden kann. Dies geschieht nicht nur aus strategischen Gründen, sondern auch weil die Ersteller der Studien von vornherein vom Projekt überzeugt sind und entsprechend zu optimistisch kalkulieren. In der Regel lässt sich feststellen, dass Sportgroßveranstaltungen in den meisten Fällen nur kurzfristig positive wirtschaftliche Auswirkungen haben, die langfristigen Auswirkungen dagegen lassen sich in der Regel kaum eindeutig nachweisen. Hinzu kommt, dass zu den **Kostenanteilen der öffentlichen Hand**²⁹ zumeist keine verlässlichen Zahlen vorliegen.³⁰

Die bisherigen Erfahrungen zeigen außerdem, dass Städte sehr unterschiedlich von Olympischen Spielen profitiert haben. So stieg etwa **München** durch die Spiele **1972**³¹ – verstärkt durch das Endspiel der Fußball-WM 1974 – zu einer internationalen Metropole auf und auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Spiele waren positiv.³² Erfolgreich waren auch die Olympischen Sommerspiele von **Los Angeles im Jahr 1984**, mit denen von Anfang an ein kommerzielles Ziel verfolgt worden war, ausschließlich bereits bestehende Sporteinrichtungen verwendet. Während

29 Sehr instruktiv ist in diesem Zusammenhang der Beitrag von Karolina TETLAK (2013) zu den steuerlichen Sonderregelungen bei den Londoner Spielen („The taxpayer as the unofficial sponsor of the London 2012 Olympic Games“).

30 Dabei werden insbesondere die späteren Kosten und Belastungen häufig unterschätzt (ANDREFF 2012). Jedoch ist der Stand der Literatur recht heterogen. So bestehen insbesondere Unsicherheiten darüber, unter welchen Bedingungen sowie in welchem Ausmaß Großereignisse wirtschaftspolitischen Zielen dienen und damit auch eine staatliche Förderung rechtfertigen (PREUSS 2009; PREUSS u. a. 2009b; BÜCH u. a. 2011, 2012; FRANKE 2010; THÖNI/BARTH 2012). Eine umfangreiche Bibliographie findet sich in IOC (2014).

31 Gleichwohl waren die Spiele mit hohen Lasten für die Stadt München verbunden. Die Kosten für Bauten und Organisation haben sich bereits im Jahr 1969 zu einer Summe von mehr als einer Milliarde DM summiert, obwohl der ursprüngliche Voranschlag für infrastrukturelle Maßnahmen von 520 Mio. DM ausging (DER SPIEGEL 31/1969, 28.07.1969).

32 Für die Sommerspiele 1996 in Atlanta wurde zum Beispiel eine Steigerung der Beschäftigung in der Region um 300 000 Stellen prognostiziert, aber in Wirklichkeit war die Beschäftigung nur um 0,2% höher, als sie es ohne die Spiele gewesen wäre. Vgl. zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Olympischen Spiele und anderer sportlicher Mega-Events ausführlich KESENNE (2012), JASMAND/MAENNIG (2008), PREUSS/KURSCHEIDT/SCHÜTTE (2009b) sowie PREUSS (2004; 2013).

die Olympischen Spiele **1992 in Barcelona** der Stadt einen erheblichen Impuls verliehen haben, verzeichnete **Atlanta 1996** sogar einen Imageverlust, weil die Spiele als zu kommerziell und kalt empfunden wurden. Auch für die Spiele in **Sydney im Jahr 2000** war die Bilanz positiv: Es wurden mehr Touristen angelockt, und die Infrastruktur wurde ausgebaut. Ein wirtschaftliches Desaster war hingegen – wie bereits erwähnt – **Montreal 1976**.

Eine vergleichende Beurteilung der Olympischen Spiele ist jedoch schwierig, da die Veranstalter dieser Sportgroßveranstaltungen recht **unterschiedliche Ziele** verfolgen. Wie unterschiedlich die Ziele sind und damit der Einfluss auf die involvierten Akteure, zeigen eine Reihe von Beispielen. So war es für **Los Angeles 1984** ein primäres Ziel, die Spiele ohne Defizit durchzuführen. Deshalb nutzten die Veranstalter vor allem die vorhanden Infrastruktur. In **Barcelona 1992**, aber auch für **London 2012** ging es dagegen vor allem die Stadterneuerung und deshalb wurde in hohem Maße in die Infrastruktur investiert.³³ China wiederum wollte mit den Spielen von **Peking 2008** den ökonomischen Entwicklungsstand Landes und die gewachsene Position des Landes in einer sich wandelnden Weltordnung demonstrieren (PREUSS 2013). Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die beteiligten Akteure je nach Zielsetzung und konzeptioneller Ausrichtung unterschiedlich von der der Veranstaltung profitieren bzw. belastet werden. Zu unterscheiden sind die Wirkungen vor, während und nach der Veranstaltung. In der Regel bezieht sich finanzielle Planung für die Olympischen Spiele auf zwei große Kostenblöcke. Das ist auf der einen Seite das **Durchführungsbudget**, das alle Einnahmen und Ausgaben beinhaltet, die direkt mit der Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele zusammenhängen. Zu trennen davon ist das **Investitionsbudget**, das die Ausgaben der öffentlichen Hand und privater Investoren für dauerhaft genutzte **Infrastruktur** und **öffentliche Dienstleistungen** zusammenfasst. Hinzu kommen Investitionen in die Tourismusindustrie, die häufig mit umfangreichen öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verbunden sind.³⁴

Insgesamt lassen sich vor allem folgende Bereiche nennen:

- **Sport- und Verkehrsinfrastruktur:** Sportanlagen bedingen oft riesige zusätzliche Ausgaben, besonders weil fast immer architektonische Wunderwerke angestrebt werden. Häufig werden diese Riesenbauwerke nach den Spielen wenig genutzt, und es ist schwierig, Betreiber zu finden, die auch nur die beträchtlichen Kosten der Aufrechterhaltung zu tragen bereit sind. Allerdings bedarf es für die Austragung Olympischer Spiele neben den Sportstätten, Athletendörfern, Medienzentren, Nah- und Fernverkehrs-Investitionen, Telekommunikationsinfrastruktur und sichere Energieversorgung. Die heutige Größe von Events bedeutet für fast alle potenziellen Ausrichter, dass sie erhebliche Investitionen in die Infrastruktur vorzunehmen haben. So plant München für die Winterspiele 2018 Investitionen von ca. 1,59 Mrd. Euro, wobei die eigentlichen Sportstätten nur einen Teil von 136 Mio. Euro ausma-

33 Vgl. dazu ausführlich <http://www.pmi-muc.de/Vortraege/20120305/2012-01-19%20Botschaft.pdf>.

34 Zu diesen Infrastrukturinvestitionen gehören Investitionen in Sportstätten, bauliche Anlagen, auch Verkehrsanlagen. Mit der scharfen Linie zwischen sog. operativen Organisationsausgaben und den Infrastrukturinvestitionen soll eine deutliche Trennung zwischen olympiabedingten Ausgaben und den Ausgaben, die der Stadtentwicklung zugutekommen, gezogen werden. Darüber hinaus will das IOC vermeiden, dass Ausgaben für die Stadtentwicklung aus seinem Budget finanziert werden anstatt aus den üblichen Budgets der öffentlichen Hand; vgl. dazu ausführlich BÜCH (2013).

chen. Negative Beispiele hierfür sind einige bis heute ungenutzte Sportstätten der Olympischen Spiele in Athen 2004 oder Fußballstadien in Portugal und Japan, die nach der EURO 2004 bzw. der Fußball WM 2002 wieder abgerissen wurden. Seit den Olympischen Spielen in Atlanta 1996 wird voraussichtlich nicht nachhaltig zu nutzende Infrastruktur immer häufiger temporär erbaut. Auch die Tribünen und andere Teile des Olympiastadions in London 2012 sind temporär errichtet worden (PREUSS 2013).

- **Tourismus:** Beim Effekt auf den Tourismus ist es wichtig, die tatsächlichen Effekte zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen ist, dass Investitionen zur Verbesserung der Tourismusinfrastruktur durch den Bau von Museen oder Sehenswürdigkeiten ihren Nutzen vielfach erst nach den Sport-Events stiften. Die Effizienz der Investitionen zeigt sich hier erst in der längeren Frist. Der Input wird vor der Sportgroßveranstaltung geleistet und der Output erfolgt erst über einen längeren Zeitraum nach den Spielen. Jedoch muss auch mit ineffizienten Investitionen gerechnet werden. So kann es zu Überkapazitäten in der Beherbergungsbranche kommen, die zugleich die Immobilienpreise in die Höhe treiben und hohe Opportunitätskosten verursachen (PREUSS/KURSCHEID/SCHÜTTE 2009a).
- **Sicherheitskosten:** Seit den Terrorangriffen in den USA, England und Spanien sind die Sicherheitskosten geradezu explodiert. Dabei handelt es sich um nicht nachhaltige Ausgaben; sie werfen keinen zukünftigen wirtschaftlichen Ertrag ab. Erforderlich sind gleichwohl Garantien der nationalen, der regionalen und lokalen Verwaltungen für die Gewährleistung der Sicherheit der sportlichen Großveranstaltungen. Die Infrastruktur- und die Sicherheitsausgaben werden zu einem großen Teil vom Staat finanziert (LANGE 2006; HOULIHAN/GIULIANOTTI 2012).
- **Umweltverträglichkeit von Sportgroßveranstaltungen:** Vielfach wird heute angenommen, dass große Sportveranstaltungen mit negativen Effekten auf Umwelt, Natur und Landschaft verbunden sind. Dies zeigt sich etwa darin, dass die Planung von Sportgroßveranstaltungen oftmals nicht ohne Proteste und Konflikte abläuft. Seitdem 1992 die Umweltpolitik neben Kultur und Sport als dritter Eckpfeiler in der Satzung des Olympischen Komitees etabliert wurde, werden die Pläne der Bewerber immer strenger auf ihre ökologische Ausrichtung geprüft. Konkret bedeutet dies, dass bei jeglichen Städtebaumaßnahmen im Zuge der Olympischen Spiele, aber auch bei der Durchführung der Spiele auf ökologische Aspekte geachtet werden muss. Prominente Beispiele hierfür sind die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele 2018 oder die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar. Neben einer wachsenden Grundsatzkritik an dem Verhalten der großen Sportverbände, wie dem IOC oder der FIFA, werden neben den ökonomischen Risiken zunehmend auch die Umweltrisiken diskutiert. Hierzu zählen beispielsweise Eingriffe in sensible Naturräume oder negative Auswirkungen durch Abfall, Emissionen, Energie- und Wasserverbrauch.³⁵

35 Vgl. dazu die Dokumentation des 18. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports, veranstaltet vom DOSB am 09.-10. Dezember 2010 in Bodenheim; das Dokument ist abrufbar unter http://www.klimaschutz-im-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/umwelt-sportstaetten/Veroeffentlichungen/Doku_Symp_2010_gesamt.pdf.

Hinzu kommt, dass seit mehr als 25 Jahren die **Kommerzialisierung** einen maßgeblichen Einfluss auf die Olympische Bewegung genommen hat. Die drohende **Abhängigkeit von Sponsoren** hat das IOC zu einer Neubewertung dieser Beziehungen gezwungen. Man will eine zu starke Kommerzialisierung vermeiden und die Olympischen Ideale wieder stärken. Dies erfolgt, indem das IOC die Sponsoren darüber aufzuklären versucht, wie man die Olympischen Ideale für kommerzielle Zwecke optimal nutzen kann, ohne diese zu schädigen. Auch aus diesem Grund wurden vom früheren IOC-Präsidenten Rogge die **Olympischen Jugendspiele**³⁶ ins Leben gerufen. Außerdem will das IOC Langzeitverträge mit Sponsoren und Medienkonzernen abschließen, wovon man sich ein stärkeres Verantwortungsgefühl für die Marke „Olympia“ verspricht. In dieser Periode übernahm das IOC die **alleinige Kontrolle** bei den Verhandlungen mit den Sponsoren und den Fernsehanstalten. Bediente man sich bisher des Know-hows von Agenturen und OCOGs, so wird inzwischen die gesamte **Vermarktung der Spiele vom IOC geleitet**. Auf der einen Seite ist die Macht des IOC dadurch gegenüber den Ausrichtern gestiegen, auf der anderen Seite hat das finanzielle Risiko der Bewerberstädte abgenommen, da das IOC nun ungefähr 40 Prozent der Vermarktungseinnahmen für die Organisation der Spiele bereitstellt, noch bevor die Auswahl des nächsten Gastgebers erfolgt ist.³⁷

4. Deutsche Olympiabewerbungen

Die **olympische Geschichte Deutschlands** begann im Deutschen Kaiserreich und umfasst die Weimarer Republik, das Dritte Reich, das Saarland, die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland. Dabei nahm Deutschland bisher **an 21 der 24 Olympischen Sommerspiele** und **18 der 20 Olympischen Winterspiele** teil. 1920, 1924 und 1948 war Deutschland infolge des Ersten bzw. Zweiten Weltkriegs nicht eingeladen worden.³⁸ 1980 beteiligte sich die Bundesrepublik Deutschland am Olympiaboykott der Spiele in Moskau, während die Deutsche Demokratische Republik teilnahm. 1984 in Los Angeles nahm die BRD teil, aber die DDR boykottierte. In der olympischen Geschichte hat es bisher fünf erfolgreiche deutsche Bewerbungen und fünf Ablehnungen gegeben. **Deutschland wurde fünfmal als Austragungsort** bestimmt, wobei die Spiele 1916 in Berlin sowie die noch im Juni 1939 ersatzweise an Deutschland vergebenen Winterspiele 1940 kriegsbedingt ausfielen (Kluge 1997; 1998; 1999).³⁹ **Nicht erfolgreich** waren beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) die Kandidaturen für die Winterspiele 1960 (Garmisch-Partenkirchen), 1992 (Berchtesgaden) und München (2018) sowie für die Sommerspiele 2000 (Berlin) und 2012 (Leipzig).

36 Vgl. <http://www.dosb.de/de/olympia/olympische-jugendspiele/>.

37 Vgl. dazu <http://www.olympic.org/ioc-financing-revenue-sources-distribution?tab=sources>.

38 Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts wollte das deutsche IOC die Olympischen Sommerspiele nach Berlin holen. 1908 hat jedoch Mitbewerber Italien mehr Unterstützer, die Deutschen ziehen die Bewerbung schließlich zurück. Rom scheidet jedoch bei der Vorbereitung, London übernimmt statt dessen die Austragung. Danach gab es erneut eine Berliner Bewerbung, die Stadt unterliegt jedoch 1912 dem Mitbewerber Stockholm.

39 Ein Überblick findet sich unter http://de.wikipedia.org/wiki/Olympische_Geschichte_Deutschlands.

4.1. Olympische Spiele 1936 (Berlin und Garmisch-Partenkirchen)

Die Entscheidung für den Gastgeber der **XI. Olympischen Sommerspiele 1936** fand auf der 30. Session des IOC in Lausanne (Schweiz) am 13. Mai 1931 statt; **gewählt wurde Berlin** (Deutschland) im ersten Wahlgang. Zu den Bewerberstädten gehörten neben Berlin auch Barcelona (Spanien), Alexandria (Ägypten), Budapest (Ungarn), Buenos Aires (Argentinien), Dublin (Irland), Frankfurt am Main (Deutschland), Helsinki (Finnland), Köln (Deutschland), Lausanne (Schweiz), Nürnberg (Deutschland), Rio de Janeiro (Brasilien) und Rom (Italien). Nachdem das IOC Berlin mit der Ausrichtung der Sommerspiele 1936 betraut hatte, wurde – ebenfalls auf der 30. Session des IOC in Lausanne – daraufhin **Garmisch-Partenkirchen** (Deutschland) als Austragungsort der Winterspiele 1936⁴⁰ ausgewählt.⁴¹ Am 9. Juni 1939 vergab das IOC die **Olympischen Winterspiele 1940** nach mehreren Anläufen erneut an Garmisch-Partenkirchen. Die Winterspiele 1940 sollten ursprünglich in Sapporo stattfinden. Japan gab aber aufgrund des Beginns des zweiten Japanisch-Chinesischen Krieges die Spiele am 16. Juli 1938 an das IOC zurück. Am 3. September 1938 vergab das IOC die Winterspiele 1940 an St. Moritz. Es kam aber danach zu Streitigkeiten zwischen dem schweizerischen Organisationskomitee und dem IOC, so dass St. Moritz am 9. Juni 1939 die Spiele entzogen wurden. Nun wurden die Winterspiele von 1940 wieder an Garmisch-Partenkirchen vergeben. Drei Monate später begann der Zweite Weltkrieg und die Spiele wurden abgesagt (CONSTABLE 1996; KLUGE 1997; KLUGE 1999).⁴²

4.2. Olympische Winterspiele 1960 (Squaw Valley)

Die Entscheidung über die VIII. Olympischen Winterspiele fand auf der 50. Session des IOC in Paris (Frankreich) am 16. Juni 1955 statt. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang Squaw Valley (USA). Zu den Bewerberstädten gehörten Innsbruck (Österreich), St. Moritz (Schweiz), Karatschi (Pakistan) und **Garmisch-Partenkirchen** (Bundesrepublik Deutschland).⁴³

40 Vgl. zu den Winterspielen 1936 <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/winterspiele/index.html>.

41 Als das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Spiele am 13. Mai 1931 an Deutschland vergab, wusste noch niemand, dass die Weimarer Republik 1933 von einem diktatorischen Regime abgelöst werden würde. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und den ersten Akten des offenen Antisemitismus gab es vor allem in den USA und Frankreich Boykottbestrebungen, jedoch entschied sich in einer knappen Abstimmung die nordamerikanische "Amateur Athletic Union" im Dezember 1935 gegen einen Boykott der Olympischen Spiele; die anderen Staaten folgten diesem Beispiel. Vgl. einen Überblick mit weiteren Verweisen zu den Sommerspielen 1936 unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/141881/olympische-sommerspiele-in-berlin-1936>; eine kurze Übersicht findet sich unter <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/olymp/>.

42 Vgl. dazu ausführlich KLUGE (1997).

43 Die Olympia-Bewerbung von Garmisch-Partenkirchen für die Winterspiele 1960 scheitert im ersten Wahlgang mit lediglich fünf erhaltenen Stimmen. Vgl. dazu ausführlich KLUGE (1998).

4.3. Olympische Sommerspiele 1972 (München)

Die Entscheidung für die XX. Olympischen Spiele 1972 fand auf der 64. Session des IOC in Rom am 26. April 1966 statt. Im zweiten Wahlgang wurde die **Stadt München** gewählt.⁴⁴ Zur Wahl standen außerdem Montréal (Kanada), Madrid (Spanien) und Detroit (USA). 61 stimmberechtigte IOC-Mitglieder waren anwesend; um ein endgültiges Ergebnis zu erzielen, mussten mindestens 31 Mitglieder für eine Bewerberstadt stimmen.⁴⁵ Die Idee, München zum Austragungsort der Olympischen Sommerspiele zu machen, stammte von **Willi Daume**, dem damaligen Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees (NOK). Da mit der Austragung der Olympischen Spiele in München eine zusätzliche Schubkraft für die Entwicklung der Stadt erwartet wurde, wurde der Vorschlag vom damaligen Oberbürgermeister **Hans-Jochen Vogel** übernommen und nach kurzer Zeit erfolgte auch die Zustimmung des Bundes, des Landes Bayern, des Nationalen Olympischen Komitees und auch des Stadtrats von München. Die Bewerbung wurde am 31. Dezember 1965 eingereicht, obwohl das IOC die Frist auf Bitten aus Wien, Amsterdam und Detroit bis zum 20. Januar 1966 verlängert hatte. Nach der Nominierung beschloss das Nationale Olympische Komitee für Deutschland am 19. Mai 1966 in Kassel die Gründung des „**Organisationskomitees der XX. Olympischen Spiele München 1972 e. V.**“, das sich am 3. Juli 1966 im Münchener Rathaus konstituierte. Die Olympischen Sommerspiele 1972 (offiziell Spiele der XX. Olympiade genannt) wurden vom 26. August bis zum 11. September 1972 in München ausgetragen.⁴⁶ Die Segelwettbewerbe wurden in Kiel-Schilksee veranstaltet; die Wettbewerbe im Kanuslalom fanden in Augsburg statt. Die Fußballwettbewerbe fanden in Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt, Regensburg und Passau statt. Die meisten Wettkämpfe wurden auf dem Olympiagelände München ausgetragen, mit dem Olympiastadion als zentrale Arena. Mit 121 teilnehmenden Mannschaften und 7170 Athleten stellten die Spiele von München einen neuen Teilnehmerrekord auf.⁴⁷ Bei der **Finanzierung** der Münchner Spiele unterschied das Organisationskomitee zwischen „**olympiabedingten Belastungen**“ und „**Investitionen**“. Schon vor der Bewerbung war vereinbart worden, dass **Bund, Land und Stadt je ein Drittel der Investitionen** tragen, während das Organisationskomitee seinen Aufwand voll **aus eigenen Einnahmen decken** sollte. 1969 entschloss sich der Bund, seinen Anteil auf 50 Prozent zu erhöhen, wodurch die Quoten für Land und Stadt auf je 25 Prozent sanken. Das bedeutete für München eine erhebliche Entlastung. Die Eigenfinanzierung erfolgte hauptsächlich über das olympische **Münzenprogramm**, das der

44 Davor gab es eine Bewerbung West-Berlins für die Olympischen Reiterspiele 1956 die in Stockholm stattfanden; die eigentlichen Sommerspiele 1956 wurden an Melbourne (Australien) vergeben, jedoch konnten die Reitwettbewerbe wegen der strengen Quarantänebestimmungen nicht in Australien stattfinden). Die Entscheidung fand statt auf der 48. Session des IOC in Mexiko City 1953.

45 Vgl. dazu einen Überblick unter http://de.wikipedia.org/wiki/Olympische_Sommerspiele_1972.

46 Überschattet wurden die Spiele durch die Geiselnahme und Ermordung israelischer Athleten, die Spiele wurden nach einem Trauertag dennoch fortgesetzt. Zur zeitgeschichtlichen Einordnungen der Münchner Spiele vgl. ausführlich SCHILLER (2010) sowie einen Beitrag von Christopher Young, abrufbar unter <http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/muenchen-1972-wendepunkt-der-deutschen-olympischen-geschichte>.

47 Vgl. dazu ausführlich KLUGE (2000).

Deutscher Bundestag am 5. Februar 1969 beschlossen hatte. Die zweite große Einnahmequelle waren die **Olympia-Lotterie** und die **GlücksSpirale**, bei denen es sich um eine Geld- und Sachwertlotterie handelte. **Weitere Einnahmequellen** waren die Ausgabe von insgesamt 29 **Briefmarken** in sieben Serien und verschiedene Gedenkmedaillen. Insgesamt erbrachte dies sowie die normalen Einnahmen des Organisationskomitees eine Summe von etwa 1,28 Mrd. DM. Da jedoch die Gesamtkosten nahezu zwei Mrd. DM betragen, schlossen die Spiele mit einem Defizit von etwa 600 Mio. DM ab, das durch den Steuerzahler finanziert werden musste. Etwa ein Drittel der Ausgaben war nicht finanziert über die Einnahmen, obwohl der Staat bereits durch großzügige Maßnahmen sichergestellt hatte, dass ein erheblicher Teil der Einnahmen durch die erwähnten Sonderfinanzierungsmittel – Münzen, Lotterien und Briefmarken – erwirtschaftet werden konnte.⁴⁸

4.4. Olympische Winterspiele 1992 (Albertville)

Die XVI. Olympischen Winterspiele 1992 fanden in Albertville statt. Die Entscheidung erfolgte im fünften Wahlgang auf der 91. Session des IOC in Lausanne (Schweiz) am 17. Oktober 1986. Weitere Bewerberstädte waren Sofia (Bulgarien), Falun (Schweden), Lillehammer (Norwegen), Cortina d'Ampezzo (Italien), Anchorage (USA) sowie **Berchtesgaden** (Deutschland).⁴⁹

4.5. Olympische Sommerspiele 2000 (Sydney)

Die XXVII. Olympische Sommerspiele 2000 fanden in Sydney statt. Die Entscheidung für die australische Stadt erfolgte im vierten Wahlgang auf der 101. Session des IOC in Monte Carlo (Monaco) am 23. September 1993 statt. Die Interessenten für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2000 waren neben Sydney die Städte Beijing (China), Manchester (Vereinigtes Königreich), Istanbul (Türkei) und **Berlin** (Deutschland). Die **Bewerbung Berlins** fiel in die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung und sollte auch dem Zusammenwachsen der davor geteilten Stadt dienen. Am 25. September 1990 beschlossen der Berliner Senat und der Magistrat die Gründung der Olympia Berlin 2000 GmbH. Der damalige Regierende Bürgermeister Walter Momper und der Oberbürgermeister Tino Schwierzina erklärten, die Olympischen Spiele in Berlin sollten „eine Feier des Friedens und der Überwindung der Ost-West-Gegensätze“ sein. In der Stadt kam es jedoch teilweise zu gewalttätigen Protesten gegen eine Kandidatur Berlins. Auf zwei Kaufhäuser, die die Bewerbung Berlins unterstützen, wurden Brandanschläge verübt.

48 Vgl. dazu zunächst die Übersicht der Bundesregierung vom 12. Februar 1970 (BT-Drs. 6/382), abrufbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/06/003/0600382.pdf>, sowie – im Rückblick nach den Spielen – die Unterrichtung der Bundesregierung vom 9. Januar 1975 (BT-Drs. 7/3066), abrufbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/030/0703066.pdf>. Vgl. dazu auch ausführlich MAENNIG (2006).

49 Berchtesgadens Kandidatur für die Spiele 1992 fehlte es an nationaler Unterstützung. Ungünstig war für Berchtesgaden auch, dass der amerikanische Olympia-Sender ABC Stimmung gegen „Hitlers Berchtesgaden“ machte. Der „Ort am Obersalzberg“ sei in den USA nicht zu verkaufen. Stattdessen erhielt Albertville den Zuschlag (KLUGE 1999).

Mehrfach wurde auch die Personalpolitik und die Arbeit des Bewerbungskomitees einschließlich des Finanzgebarens⁵⁰ stark kritisiert.⁵¹ Dennoch ist seit 1993 in Berlin immer wieder das Thema einer **erneuten Olympiabewerbung** aufgeworfen worden; aktuell geht es um die Vorbereitung einer Bewerbung für die olympischen Sommerspiele im Jahr 2024.

4.6. Olympische Sommerspiele 2012 (London)

Die XXX. Olympische Sommerspiele 2012 fanden in London (UK) statt. Die Entscheidung fand auf der 117. Session des IOC in Singapur am 6. Juli 2005 statt. Weitere Bewerberstädte der Endausscheidung waren Paris (Frankreich), Madrid (Spanien), New York (USA) und Moskau (Russland). Davor wurden vom IOC die Bewerbungen von Havanna (Kuba), Istanbul (Türkei), **Leipzig** (Deutschland) und Rio de Janeiro (Brasilien) abgelehnt. Leipzig bewarb sich seit 2002 mit seinen Partnerstädten Dresden, Chemnitz und Riesa um dieses Großereignis. Zunächst unter dem Motto „Spiele Mit Uns – Leipzig 2012“ in einer nationalen Bewerbungsphase, die Leipzig gegen die Mitbewerber Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt für sich entscheiden konnte.⁵² Am 12. April 2003 fiel mit 81:51 Stimmen im vierten Wahlgang die Entscheidung für den deutschen Olympiakandidaten für die Sommerspiele 2012 zu Gunsten von Leipzig. Das Nationale Olympische Komitee (NOK) bevorzugte damit in München den sächsischen Sympathieträger vor den Mitbewerbern Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart. Zuvor war bereits die ostdeutsche **Hansestadt Rostock** zum Kandidaten für die Segel-Olympiade 2012 ermittelt

50 Vgl. dazu einen – leider nicht mehr zugänglichen – Bericht des Berliner Rechnungshofes aus dem Jahr 1996, der zahlreiche Verstöße der landeseigenen Olympia-GmbH und der Senatskanzlei gegen das Haushalts- und Zuwendungsrecht aufgelistet hatte. Verfügbar sind jedoch eine zum Bericht des Rechnungshofes eingebrachte Große Anfrage der Abgeordnetenhaus-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über „152 Seiten Olympische Verschwendung“ (Drs. 13/704, 03.09.1996), abrufbar unter <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/13/DruckSachen/d0704.pdf>, sowie die Beantwortung durch den Berliner Senat (Plenarprotokoll 13/13, 12.09.1996, 906-915), abrufbar unter <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/13/PlenarPr/p13013.pdf#page=36>.

51 Bekannt wurde etwa, dass Dossiers über die IOC-Vertreter, auch über ihre sexuellen Präferenzen, angelegt werden sollten. Insgesamt war die Stadt in der Olympia-Frage gespalten und gleichzeitig hatte sich eine starke Gegenbewegung gebildet. Eine wesentliche Ursache waren die Turbulenzen des Wiedervereinigungsprozess und die daraus folgenden sozialen Verwerfungen. Instruktiv ist hierzu die Berichterstattung im SPIEGEL (Nr. 39, 23.09.1991: 228-234), abrufbar unter <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13492296>. Zur damaligen Bewerbung Berlins vgl. auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Unterstützung der Olympia-Bewerbung Berlins für das Jahr 2000“ (BT-Drs. 12/3415, 12.10.92). Vgl. außerdem RIEDLE (1991) und GASEROW (1993) sowie eine Chronologie aus der Sicht der Olympia-Gegner, abrufbar unter http://autox.nadir.org/archiv/chrono/olymp_chro.html. Ein rückblickender Beitrag des Berliner Tagesspiegel vom 20. September 2013 findet sich unter <http://www.tagesspiegel.de/berlin/olympia-2000-in-berlin-gelb-geaergert/8826084.html>.

52 Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Bewerbungen_f%C3%BCr_die_Olympischen_Sommerspiele_2012#Nationales_Auswahlverfahren_in_Deutschland.

worden.⁵³ Das frühe Scheitern Leipzigs hatte letztlich seine Ursache in einem Missgriff des NOK. Mit der sächsischen Halbmillionen-Stadt meldete es nach einer internen Qualifikation wurde – nach weitverbreiteter Auffassung nicht der geeignete nationale Bewerber beim IOC angemeldet. Gegen Metropolen wie Metropolen London, Paris, New York, Madrid und Moskau stand das auch national weitgehend allein gelassene und überforderte Leipzig von vornherein auf verlorenem Posten und schied schon in der Vorentscheidung zusammen mit Rio de Janeiro, Istanbul und Havanna aus.⁵⁴

4.7. Die Münchner Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018 (Pyeongchang)

Die XXIII. Olympischen Winterspiele werden vom 9. bis 25. Februar 2018 in der **südkoreanischen Stadt Pyeongchang** stattfinden. Es sind nach den Sommerspielen 1988 in Seoul die zweiten Olympischen Spiele in Südkorea. Gleichzeitig finden nach 1972 in Sapporo und 1998 in Nagano damit zum dritten Mal Olympische Winterspiele in Ostasien statt. Für Pyeongchang war es nach den knapp gescheiterten Bewerbungen 2010 und 2014 der dritte Anlauf einer Bewerbung. Die Entscheidung für die koreanische Stadt fand auf der 123. Session des IOC in Durban (Südafrika) am 6. Juli 2011 statt. Die Entscheidung fiel bereits im ersten Wahlgang, Pyeongchang setzte sich mit 63 Stimmen gegen München (25 Stimmen) und Annecy (sieben Stimmen) durch. Die **französische Bewerbung** kam anfangs nur zögerlich zustande. CNOSF, das Nationale Olympische Komitee (NOK) Frankreichs, zielte in erster Linie auf eine Bewerbung von Paris für die Olympischen Sommerspiele 2024, nachdem man für die Olympischen Sommerspiele 2012 London unterlegen war. Gleichwohl bekundeten mit Annecy, Grenoble, Nizza und Pelvoux vier Städte ihr Interesse an einer Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2018. Am 24. September 2008 kündigte das CNOSF eine offizielle Bewerbung an. Annecy wurde am 18. März 2009 als Bewerber benannt. Für **Pyeongchangs** war es der dritte Anlauf, nachdem Bewerbungen für die Winterspiele 2010 und 2014 jeweils nur knapp gescheitert waren. Die Bewerbung stützte sich auf die Erfahrung aus den früheren Kandidaturen sowie eine breite Zustimmung in der Bevölkerung.⁵⁵

Die Pläne für eine **Bewerbung Münchens** um die Olympischen Winterspiele konkretisierten sich im Jahr 2005. Eine **Machbarkeitsstudie** sollte die Konkurrenzfähigkeit der Bewerbung

53 Vgl. dazu den Evaluierungsbericht vom 12. März 2003, abrufbar unter <http://jensweinreich.de/wp-content/uploads/2008/04/nok-evaluierungsbericht-120303.pdf>. Vgl. auch den Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Unterstützung der Bewerbung der Stadt Leipzig mit dem Segelstandort Rostock um die Ausrichtung der XXX. Olympischen Sommerspiele und der XIV. Paralympics 2012“ (BT-Drs. 15/2179, 10.12.2003). Ein Unterstützungsbeschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern erfolgte bereits am 26. Juni 2003; er wurde als Signal gesehen, dass die Olympiabewerbung als gesamtstaatliche Aufgabe begriffen wird. Vgl. außerdem <http://library.fes.de/pdf-files/kommunalpolitik/04383.pdf>.

54 Vgl. etwa den Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 19. Mai 2010 „Debakel für Deutschland“, abrufbar unter www.sueddeutsche.de/sport/debakel-fuer-deutschland-leipzigs-olympia-bewerbung-gescheitert-1.927502.

55 Ausführlich hierzu http://en.wikipedia.org/wiki/Bids_for_the_2018_Winter_Olympics.

aufzeigen.⁵⁶ Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat am 8. Dezember 2007 entschieden, dass sich die Landeshauptstadt München zusammen mit der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und dem Landkreis Berchtesgadener Land als deutscher Kandidat für die XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018 bewerben wird. Im Oktober 2009 hat der DOSB die Landeshauptstadt München offiziell beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) angemeldet.⁵⁷ Die Kandidatur setzte unter dem Slogan Die freundlichen Spiele auf ein 2-Cluster-Konzept mit den Eiwettbewerben in der Stadt und den Schneewettbewerben in Garmisch-Partenkirchen. Mit der kombinierten Kunsteisbahn am Königssee für die Bob-, Rodel- und Skeletonwettbewerbe wurde das Konzept komplettiert. Durch die Nachnutzung der Sportstätten der Olympischen Sommerspiele 1972 und klimaneutrale Konzepte sollten neue **ökologische Maßstäbe** gesetzt werden.⁵⁸ Die nordischen Wettbewerbe sollten ursprünglich in Oberammergau ausgetragen werden. Jedoch gab es in der Bevölkerung erheblichen Widerstand gegen die Olympia-Planungen. Insbesondere die Bauern befürchteten Schäden an den Wiesen und weigerten sich, die benötigten Grundstücke für temporäre Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Daraufhin musste im Sommer 2010 die Planung geändert werden. Auch in Garmisch-Partenkirchen formierte sich Widerstand. Im Mai 2011 waren die Einwohner der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen aufgerufen, sich in zwei Bürgerentscheiden für oder gegen eine gemeinsame Bewerbung mit München auszusprechen.⁵⁹ Der **Freistaat Bayern** wollte sich mit 200 Millionen Euro **direkten Zuschüssen** beteiligen, darüber hinaus wollte er **weitere Bürgschaften** geben. Die Zusage des Freistaates, Verluste im Budget zu einem Drittel zu übernehmen, wurde zuletzt mit Kosten bis 1,3 Milliarden Euro angesetzt.⁶⁰ Eine umfassende technische Prüfung der Bewerbungen fand mit einer aus sieben Teilnehmern bestehenden (davon vier Angehörige des IOC) Evaluierungskommission unter der Leitung von IOC-Mitglied Gunilla Lindberg aus Schweden statt. Unterstützt wurde das Gremium von weiteren vier technischen Beratern für die Bereiche Umwelt, Transport, Finanzen und Infrastruktur.

Eine **Analyse der Bewerbungsunterlagen** wurde im Februar und März 2011 in den jeweiligen Städten durchgeführt und der Bericht am 10. Mai 2011 vom IOC in Lausanne veröffentlicht.⁶¹ Der **Prüfbericht** bewertete das Umweltkonzept, die vorhandene Infrastruktur und die Erfahrung mit Sportgroßveranstaltungen als Stärken der deutschen Bewerbung. Von der Kommission wurde

-
- 56 Als Entscheidungsgrundlage hat die Planungsmanagement & Projektberatung PROPROJEKT gemeinsam mit Albert Speer & Partner (AS&P) im Auftrag der Koordinationsstelle Olympiapark München GmbH eine konzeptionelle Machbarkeitsstudie erarbeitet. Diese sollte den Nachweis erbringen, dass die Landeshauptstadt München in der Lage ist, eine exzellente Bewerbung auszuarbeiten, die allen IOC-Kriterien für Bewerberstädte genügt und international konkurrenzfähig ist.
- 57 Vgl. dazu eine Broschüre des Bundesministeriums des Innern vom Januar 2011, das Dokument ist abrufbar unter www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/olympiabewerbung.pdf.
- 58 Vgl. einen Übersicht über die für die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 gefassten Beschlüsse (Bid Book) www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/2158897.pdf. Vgl. dazu auch eine kritische Stellungnahme unter <http://www.nolympia.de/wp-content/uploads/Gesamt.pdf>.
- 59 Vgl. <http://www.zeit.de/sport/2011-05/olympia2018-winterspiele-buergerentscheid>.
- 60 Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/olympische-winterspiele-alle-schecks-gedeckt-1.1008683>.
- 61 Vgl. http://www.dosb.de/de/olympia/detail/news/ioc_gibt_evaluierungskommission_fuer_2018_bekannt.

jedoch kritisch bemerkt, dass die Nachhaltigkeit und die Vorzüge des Konzeptes **in der Bevölkerung nicht richtig kommuniziert** wurden. Hervorgehoben wurde in aller Deutlichkeit die **Oppositionsbewegung** gegen die Bewerbung, auch wurde darauf verwiesen, dass – anders als in München - die Unterstützung unter der Bevölkerung in Pyeongchang besonders groß sei. Zusätzlich attestierte der Prüfbericht den Südkoreanern ein sehr kompaktes Sportstättenkonzept mit kurzen Reisezeiten und eine Vergabe an den bereits zweimal gescheiterten Bewerber würde den sehr bedeutenden Markt in Asien neu erschließen.⁶² Das **Internationale Olympische Komitee** (IOC) eröffnete am 31. Juli 2009 die **Bewerbungsphase**. Alle 203 Nationalen Olympischen Komitees waren eingeladen, eine Kandidatur einzureichen.⁶³ Bis zum Ende der Bewerbungsfrist am 15. Oktober 2009 wurde die Kandidatur von Annecy, München und Pyeongchang durch ihre jeweiligen NOKs offiziell beim IOC angemeldet. Aus den drei vorliegenden Bewerbungen ernannte das IOC am 22. Juni 2010 München und Pyeongchang als offizielle Kandidaten. Annecy, ebenfalls im Status eines offiziellen Kandidaten, musste eine Überarbeitung des Sportstättenkonzeptes nachreichen. Die Mitglieder des IOC entschieden am 6. Juli 2011 in Durban über den Austragungsort.⁶⁴

Nachdem München bei der Wahl für die Olympischen Winterspiele 2018 unterlegen war, scheiterte eine **Bewerbung für 2022** bereits im nationalen Nominierungsverfahren, als am 10. November 2013 bei allen vier durchgeführten Bürgerentscheiden die nötige Mehrheit nicht erreicht wurde. Zuvor stimmte am 30. September 2013 der DOSB der Bewerbung von München für 2022 zu.⁶⁵ Nach dem zuletzt aktuellen Konzept⁶⁶ wurden die Gesamtkosten mit 3,3 Milliarden Euro beziffert, wovon 1,5 Milliarden als Veranstaltungsbudget und 1,8 Milliarden für Bauinvestitionen vorgesehen waren.⁶⁷

62 Der IOC-Prüfbericht der Evaluierungskommission findet sich unter www.olympic.org/Documents/Commissions_PDFfiles/Evaluation_Commission/FINAL_DRAFT_2018_EV_COM-ENG.pdf.

63 Zum Verfahren vgl. die Ablaufübersicht „2018 Candidature Acceptance Procedure“ unter http://www.olympic.org/Documents/Reports/EN/en_report_1451.pdf.

64 Vgl. <http://www.spiegel.de/sport/wintersport/vergabe-fuer-2018-muenchens-olympia-traum-ist-geplatzt-a-772569.html>.

65 Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/olympische-winterspiele-dosb-befuerwortet-muenchener-olympia-bewerbung-1.1784366>.

66 Vgl. www.dosb.de/fileadmin/Bilder_allgemein/Veranstaltungen/Muenchen2022/Muenchen_Infos_Bewerbung_22_Flyer.pdf.

67 Vgl. auch eine Konzeptstudie für eine mögliche Bewerbung Münchens mit Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele. Die vorliegende Konzeptstudie wurde von der Landeshauptstadt München nach dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats am 14. Juni 2013 beauftragt. Das aufgezeigte Bewerbungskonzept für Winterspiele 2022 stellt den derzeitigen Planungsstand (September 2013) dar; vgl. dazu www.dosb.de/fileadmin/Bilder_allgemein/Veranstaltungen/Muenchen2022/130919_M22_Konzeptstudie_Endfassung.pdf.

5. Deutsche Kandidaturen für Olympische Spiele nach 2020

Während die volkswirtschaftlichen Auswirkungen – das heißt der Nutzen für das austragende Land und seine Bevölkerung – in der Regel überschätzt werden, lassen sich die tatsächlichen Gewinner bei einzelnen **Unternehmen oder Branchen** ausmachen. Diese ökonomische Grundproblem der Spiele resultiert zu einem guten Teil aus dem spezifischen **Geschäftsmodell** des Internationalen Olympischen Komitees, das den **Anreizstrukturen** von Franchise-Unternehmen. Das **IOC als Rechteinhaber** der Spiele erlaubt alle zwei Jahre den Ausrichtern die Marke „Olympische Spiele“ zu nutzen. Das IOC verteilt 90 Prozent seiner Einnahmen an 205 Nationale Olympische Komitees, 33 Weltsportverbände und die Organisationskomitees der jeweiligen Olympischen Spiele (OCOG).⁶⁸ Letztere sind privatwirtschaftlich organisiert und für die unmittelbare Durchführung der Spiele von der Eröffnungs- bis zur Schlussfeier verantwortlich. In London wurde dafür ein Budget von etwa 2,6 Mrd. Euro veranschlagt. Nicht in dieser Summe enthalten ist jedoch der Anteil der **Kosten für den Neu- oder Ausbau der Sportstätten** („nichtolympiabedingte Investitionen“), der vornehmlich öffentlich finanziert wird. Dieser Investitionsbereich ist auch verantwortlich für die massiven Kostensteigerungen, die letztlich durch die Steuerzahler finanziert werden müssen.

Dies bedeutet vor allem, dass sportliche Großveranstaltungen in öffentlichen Budgets vor allem **auf der Kostenseite** zu Buche schlagen. Dieser Umstand wird inzwischen in vielen Ländern als Problem wahrgenommen und hat in einigen Fällen die **Auseinandersetzungen um Bewerbungen** für Olympische Spiele stark beeinflusst. Gerade bei den olympischen Winterspielen hat eine Reihe von potentiellen Bewerberstädten die Bewerbungen für die Spiele im Jahr 2022 – nicht zuletzt aufgrund des negativen Resonanz in der öffentlichen Debatte – wieder aufgegeben. Am 6. Juni 2013 eröffnete das Internationale Olympische Komitee (IOC) die erste Phase des Bewerbungsverfahrens für die Ausrichtung der **XXIV. Olympischen Winterspiele 2022**.⁶⁹ Im November 2013⁷⁰ hatten Almaty (Kasachstan), Krakau (Polen), Lwiw/Lemberg (Ukraine), Oslo (Norwegen), Peking (China) und Stockholm (Schweden) beim IOC ihre ersten Bewerbungsunterlagen eingereicht.⁷¹ Zum Kreis der offiziellen Kandidatenstädte gehören inzwischen – nachdem einige potentielle Bewerberstädte wegfielen – jedoch nur noch **Almaty**

68 Vgl. <http://www.olympic.org/ioc-financing-revenue-sources-distribution>.

69 Die Entscheidung über die Vergabe fällt auf der 127. IOC-Session am 31. Juli 2015 in Kuala Lumpur. Im Vorfeld wird eine Evaluierungskommission des IOC jede Kandidaten-Stadt besuchen und die Bedingungen vor Ort inspizieren. Vgl. dazu <http://www.olympic.org/news/ioc-opens-bids-for-2022-olympic-winter-games-yog-2020/200340>.

70 Interessierte Städte mussten ihre Bewerbung bis spätestens 14. November 2013 beim IOC einreichen.

71 Vgl. <http://www.dosb.de/de/olympia/olympische-news/detail/news/sechs-bewerber-fuer-olympische-winterspiele-2022-stehen-fest/>.

(Kasachstan), **Oslo** (Norwegen) und **Peking** (China),⁷² während Stockholm,⁷³ Krakau (Polen)⁷⁴ und Lwiw/Lemberg (Ukraine)⁷⁵ ihre Bewerbungen aufgaben. Bereits davor haben sich die Bürger in München⁷⁶ und Graubünden⁷⁷ gegen Olympia-Bewerbungen ausgesprochen. Zu den abgebrochen oder nicht eingereichten Bewerbungen gehören auch **Barcelona** (Spanien).⁷⁸ Nun bleibt mit Oslo⁷⁹ nur noch eine Kandidatur im Rennen, die – nach westlichen Maßstäben – die Anforderungen als würdige Kulisse einer der wichtigsten sportlichen Großveranstaltungen erfüllt. Ähnliches gilt auch für die Olympischen **Sommerspiele 2020**, die in **Tokio** stattfinden werden.⁸⁰ Sechs Städte reichten beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) eine Bewerbung für die Durchführung der Olympischen Spiele 2020 und der Paralympics 2020 ein. Nachdem die Bewerbungen Bakus (Aserbaidschan), Dohas (Katar) im Mai 2012 nicht für die Endauswahl zugelassen wurden, erhielten **Tokio, Istanbul sowie Madrid** die Zulassung für die

72 Diese drei verbliebenen Bewerber wurden vom Internationalen Olympischen Komitee Anfang Juli 2014 zu offiziellen Kandidaturen erklärt.

73 Hier versagte der Stadtrat den Initianten die nötigen finanziellen Garantien; vgl. <http://www.sueddeutsche.de/sport/winterspiele-stockholmer-olympia-bewerbung-geplatzt-1.1865860>.

74 Im Oktober 2012 erklärte Krakau, sich gemeinsam mit Zakopane für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2022 zu bewerben. Die offizielle Bewerbung soll Ende 2013 gemeinsam mit der Slowakei erfolgen, da dort z.B. das alpine Skirennen stattfinden soll. Jedoch stimmten am 25. Mai 2014 über 69 Prozent der Bürger von Krakau bei einem Referendum gegen die Ausrichtung der Winterspiele. Vgl. dazu <http://www.zeit.de/sport/2014-05/olympische-winterspiele-krakau-referendum>.

75 Am 30. Juni 2014 wurde bekanntgegeben, dass die Bewerbung aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Situation im Land zurückgezogen wird. Vgl. dazu <http://www.handelsblatt.com/allgemein-olympia-lwiw-verzichtet-auf-bewerbung-fuer-olympia-2022-neuer-anlauf-2026/10126064.html>.

76 Nachdem München bei der Wahl für die Olympischen Winterspiele 2018 unterlegen war, scheiterte eine Bewerbung für 2022 am 10. November 2013, als bei allen vier durchgeführten Bürgerentscheiden die nötige Mehrheit nicht erreicht wurde. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Olympische_Winterspiele_2022.

77 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Olympische_Winterspiele_2022#St._Moritz.2C_Schweiz.

78 Ursprünglich gab es in Spanien mit Zaragoza einen weiteren Interessenten für die Austragung Olympischer Winterspiele. Zaragoza hatte sich jedoch bereits frühzeitig aus finanziellen Gründen zurückgezogen, während die Bewerbung Barcelonas erst im Oktober 2013 – ebenfalls aus finanziellen Gründen – aufgegeben wurde. Vgl. dazu <http://www.spiegel.de/sport/wintersport/barcelona-verzichtet-auf-olympische-winterspiele-2022-a-930001.html>.

79 Auch in Norwegen gibt es erhebliche Widerstände in der Bevölkerung gegen eine Olympia-Ausrichtung. Eine Umfrage vom August 2014 zufolge sind fast 60 Prozent der Bevölkerung gegen eine Bewerbung Oslos (FAZ 09.08.2014, 36). Offen ist deshalb, ob sich Oslo letztlich zur Wahl stellen wird. Erst im Herbst 2014 will die norwegische Regierung endgültig über eine Bewerbung und entsprechende finanzielle Garantien des Staates entscheiden.

80 Die Mitglieder des IOC entschieden am 7. September 2013 in Buenos Aires über den Austragungsort der Olympischen Spiele 2020.

endgültige Entscheidung um den Austragungsort. Bereits im Jahr 2010 hatte Rom⁸¹ seine Bewerbung zurückgezogen.

Um der Bewerberstadt Oslo (für 2022) Mut zu machen und den **zukünftigen Bewerbern** wieder bessere Anreize zu geben, soll künftig das finanzielle Risiko für Ausrichter gemindert werden. So stellte IOC-Präsident Bach dem Gastgeber der Winterspiele 2022 einen höheren Anteil am Gewinn des Spiele-Budgets in Aussicht. Außerdem bemühte er sich, das Image des IOC,⁸² Olympia-Kandidaten alles vorschreiben zu wollen, zu korrigieren. Die Städte wurden – so Bach – ermutigt, Bewerbungen abzugeben, die am besten zu ihren Umständen passen.⁸³ Damit könnten sich auch **deutschen Bewerbern um die Ausrichtung** künftiger Olympischer Spiele bessere Bedingungen bieten.⁸⁴ Das **Präsidium des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)** hat auf seiner Sitzung am 4. April 2014 in einem Grundsatzbeschluss entschieden und den Wunsch bekräftigt, Olympische Spiele für 2024 oder 2028 nach Deutschland holen zu wollen. Der DOSB verwies zugleich auf das Interesse mehrere deutscher Städte, insbesondere in der Bundeshauptstadt **Berlin**⁸⁵ und in der Freien und Hansestadt **Hamburg**,⁸⁶ an einer Bewerbung um Olympische Sommerspiele.⁸⁷ Mit beiden Städten sind im Frühjahr 2014 Gespräche aufgenommen

81 Vgl. dazu <http://www.spiegel.de/sport/sonst/olympia-bewerbung-2020-italien-zu-klamm-fuer-olympische-spiele-a-815303.html>.

82 Das schlechte Image des IOC resultiert nicht allein aus den immer weiter steigenden finanziellen Lasten der Spiele. Hinzu kommen Governance-Probleme, mangelnde Transparenz und der Vorwurf der Korruption. Inzwischen mehren sich auch innerhalb der Organisation Einsicht und Selbstkritik (GERMANN 2014). Die damit verbundene Debatte mündete in einen Reformprozess, der unter dem Titel „Agenda 2020“ im Rahmen des IOC geführt wird. Die Bewerbung um Olympische Spiele und deren Ausrichtung sollen in Zukunft weniger kosten, gleichzeitig sollen vorhandene Ressourcen besser genutzt werden. Die Ergebnisse eines auf Nachhaltigkeit, Glaubwürdigkeit, Transparenz und Zukunftssicherung ausgerichteten Reformprozesses unter dem Titel „Olympische Agenda 2020“ sollen der IOC-Vollversammlung am 8. und 9. Dezember 2014 in Monaco zur Abstimmung vorgelegt werden. Der DOSB hat dazu im Juni 2014 gemeinsam mit den NOKs von Österreich, Schweden und der Schweiz Vorschläge unterbreitet. Vgl. dazu www.dosb.de/de/olympia/olympische-news/detail/news/dosb_und_drei_noks_legten_diskussionspapier_vor.

83 Vgl. dazu <http://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/winterspiele-2022-almaty-oslo-oder-peking-13032178.html>.

84 Zur olympischen Geschichte Deutschlands einschließlich deutscher Olympia-Bewerbungen vgl. die Übersicht unter http://de.wikipedia.org/wiki/Olympische_Geschichte_Deutschlands.

85 Informationen des Berliner Senats zur Olympiabewerbung finden sich unter www.berlin.de/spiele-in-berlin.

86 Informationen der Freien und Hansestadt Hamburg zur Olympiabewerbung finden sich unter <http://www.hamburg.de/spiele-fuer-hamburg/>.

87 Über die Vergabe der Olympischen Spiele 2024 wird im Sommer 2017 entschieden, über die der Winterspiele 2026 im Jahr 2019 und über die Spiele 2028 im Sommer 2021.

worden; dabei sollten anhand der derzeitigen Anforderungen des IOC und weiterer relevanter Aspekte **die Möglichkeiten einer Bewerbung** konkretisiert werden.⁸⁸

Ende Mai 2014 hat der **Deutsche Olympische Sportbund** (DOSB) den Fahrplan für die Gespräche mit den möglichen Bewerberstädten festgelegt und Informationsgespräche mit den potentiellen Bewerberstädten Hamburg und Berlin angekündigt. Festgestellt werden soll, wie zielstrebig in den beiden Städten der Bewerbungsprozess angegangen wird und wie die nächsten Schritte jeweils aussehen.⁸⁹ Da der DOSB ein innerdeutsches Ausscheidungsverfahren wie für die Olympiabewerbung 2012 vermeiden will, und von ihm erwartet wird, dass er sich frühzeitig festlegt, mit welcher Stadt er ins Rennen gehen will, hat der DOSB den beiden Städten am 27. Mai 2014 einen **Fragenkatalog** vorgelegt. Der Katalog besteht aus 13 Fragen und wurde vom Präsidium des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) auf seiner 68. Sitzung am 27. Mai 2014 verabschiedet. Dabei sind **zwei zentrale Fragen** leitend: „Welche Rahmenbedingungen herrschen in den beiden Städten und wie sind die internationalen Erfolgsaussichten?“ Wichtig ist ebenfalls, wie die Einbindung der Bevölkerung in den Bewerbungsprozess erfolgen soll. Einkalkuliert werden soll, dass eine Bewerbung für 2024 nicht automatisch erfolgreich sein wird, und dass ein weiteres Bewerbungsverfahren erforderlich sein könnte.⁹⁰ Berlin und Hamburg sollten die Fragen **bis Ende August 2014** zu beantworten, um ein möglichst klares Bild über die innerstädtischen Rahmenbedingungen für die Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen zu erhalten.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass für ein erfolgreiches Gelingen eines solchen Mega-Events einige wesentliche **Voraussetzungen** erfüllt sein müssen. Olympische Spiele werden vielfach als Anlass benutzt, die Infrastruktur in den Bereichen des Transports, der Telekommunikation und der Gastronomie auszubauen. Jedoch droht immer die **Gefahr einer Überinvestition**. Infrastrukturanlagen erhöhen das Wirtschaftswachstum dauerhaft nur, wenn sie für die private wirtschaftliche Aktivität produktiv zum Einsatz kommen. Wie die Erfahrung – zuletzt am Beispiel der Spiele von London 2012 – zeigt, gelingt die Umwandlung der sportlichen Errungenschaften in wirtschaftliche und städtebauliche Erfolge nur bei einer guten Vorbereitung der Veranstaltung. Gerade angesichts der **Bürgerentscheide** in München und Garmisch-Partenkirchen sowie den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land vom 10. November 2013 bedarf eine künftige Bewerbung um Olympische Spiele in Deutschland einer langfristigen, intensiven Vorbereitung, die nicht nur die **Bedenken und kritischen Einwände der Bürger**⁹¹ ernst

88 Der Beschluss des DOSB-Präsidiums vom 4. April 2014 („Perspektiven einer künftigen Olympiabewerbung“) findet sich unter www.dosb.de/fileadmin/Bilder_allgemein/Veranstaltungen/Olympische_Spiele/Dokumente/Beschluss_olympiabewerbung_DOSB_Praesidium_04042014.pdf.

89 Wie sich Olympia-Bewerbungen optimal gestalten lassen, wird auch im Rahmen von Studienarbeiten an der Deutschen Sporthochschule Köln geprobt. Vgl. dazu <http://www.dshs-koeln.de/aktuelles/meldungen-pressemitteilungen/detail/meldung/studierende-entwickeln-olympia-bewerbungen-students-present-their-olympic-games-concepts/>.

90 Das Dokument findet sich unter www.dosb.de/de/olympia/olympische-news/detail/news/olympiabewerbung.

91 In beiden Städten hat sich inzwischen eine Gegenbewegung herausgebildet, sichtbar wird diese – ganz in der Tradition der Gegner von München 2018 – vor allem unter dem Leitbegriff „Nolympia“; vgl. dazu etwa die Übersicht unter <http://www.nolympia.de/kritisches-olympisches-lexikon/hamburg-berlin-2024>.

nimmt, sondern auch die mutmaßlichen **Kosten und Nutzen** der angestrebten sportlichen Großveranstaltung in realistischer Weise ermittelt.⁹²

In einem fraktionsübergreifenden Antrag in der **Hamburger Bürgerschaft** vom 20. Mai 2014 wird der Senat ersucht, eine **Studie zu Chancen und Risiken einer Hamburger Olympia-Bewerbung** zu erarbeiten und der Bürgerschaft bis zum Herbst 2014 vorzulegen.⁹³ Dabei geht es vor allem um eine transparente und sachliche Darstellung, die insbesondere die langfristige Wirkung olympischer Spiele auf die Stadt Hamburg berücksichtigt.⁹⁴ Betont wird im Antrag, dass es bei einer Olympia-Bewerbung keine Entscheidung über die Köpfe der Hamburger Bürger hinweg geben dürfe.⁹⁵ Zu begrüßen sei es deshalb, dass ein breiter zivilgesellschaftlicher Dialog mit dem Sport, der Wirtschaft, der Politik, der Kultur und der Wissenschaft begonnen habe. Dieser Dialog müsse weiter intensiviert werden, um schließlich zu einer Entscheidung aller Hamburgerinnen und Hamburger über eine Olympia-Bewerbung zu gelangen.⁹⁶ Auch der **Hamburger Sportbund**

-
- 92 Wolfgang Maennig, Olympiasieger 1988 mit dem Deutschland-Achter, heute Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Hamburg, empfiehlt in diesem Zusammenhang: „Die Bewerbung sollte transparent und ehrlich sein. Bei den Kostenschätzungen sind angemessen hohe Positionen für ‘Sonstiges und Unvorhergesehenes’ vorzusehen, auch wenn die öffentliche Hand dies bei ihren Ausschreibungen nicht kennt (Zeit für eine Reform!). Es sollten keine volkswirtschaftlichen Studien mit dem Ziel vergeben werden, Einkommenszuwächse von mehreren Milliarden Euro und Hunderttausende zusätzliche Jobs zu versprechen. Die statistische Evidenz bei der Nachbetrachtung praktisch aller Sport-Mega-Events zeigt, dass die Zahl der zusätzlichen Touristen, wenn überhaupt positiv, dann äußerst klein ist. Es glaubt ohnehin keiner an einen olympischen Konjunkturimpuls - solche Studien schaden der Glaubwürdigkeit einer deutschen Olympiabewerbung. Grundsätzlich sollte nicht zu viel versprochen werden.“ (MAENNIG 2014)
- 93 Vgl. den Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP „Ergebnisoffene Studie – Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg“ vom 20. Mai 2014 (Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg, Drucksache 20/11848); das Dokument und weitere Hintergrundinformationen zur Situation des Sports in Hamburg finden sich unter <http://www.hamburg.de/spiele-fuer-hamburg>. Vgl. zu den regionalwirtschaftlichen und standortpolitischen Chancen und Risiken einer Bewerbung Hamburgs auch VÖPEL (2014).
- 94 Vgl. dazu auch die konzeptionellen Eckpunkte für eine Bewerbung Hamburgs um die Olympischen Spiele 2016, in denen darauf verwiesen wird, dass mit diesem Konzept, das auf der nationalen Bewerbung für 2012 aufbaut, die Erfahrungen aus früheren Bewerbungen und Entscheidungen von NOK und IOC verarbeitet und sich an den IOC-Kriterien orientiert, könne sich der DOSB auch für künftige Olympische Spiele bewerben. Das Dokument findet sich unter www.belebte-bruecke.de/site/downloads/114_32_olympia_broschuere_property=source.pdf.
- 95 Nicht zuletzt der Volksentscheid vom November 2013 in München und Umgebung gegen die Winterspiele 2022 in der Region haben Politik und Sportverbände dafür sensibilisiert, die Argumente der Olympiagegner ernst zu nehmen. Erwogen wird etwa, zusammen mit der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 ein Referendum über die Olympiabewerbung durchzuführen. Jedoch sind in der Hamburger Bürgerschaft gegenwärtig Referenden nicht vorgesehen, deshalb müsste zuerst eine entsprechende rechtliche Voraussetzung geschaffen werden. Eine telefonische Umfrage der Initiative Markt- und Sozialforschung im Juli 2014 ergab eine positive Haltung zu einer Bewerbung, jedoch haben sich gleichzeitig 84 Prozent der Befragten für einen Volksentscheid über die Bewerbung ausgesprochen. Vgl. dazu die Informationen unter <http://www.deutsche-marktforscher.de/index.php/presse/60-hamburger-unterstuetzen-olympia-bewerbung-ihrer-stadt>.
- 96 Die Kritik an einer Hamburger Olympiabewerbung findet sich vor allem unter <http://nolympia-hamburg.de> und <http://umweltfairaendern.de/?s=olympia>.

(HSB) eine solche ergebnisoffene Studie für den richtigen Weg, um alle notwendigen Informationen um eine Bewerbung um Olympische Spiele bereitzustellen.⁹⁷

In **Berlin** ist ebenfalls eine Debatte über eine Olympiabewerbung entstanden.⁹⁸ So hat der **Berliner Senat** in seiner Sitzung am 24. Juni 2014 seine Teilnahme an der nationalen Interessensbekundungsphase beschlossen und eine Reihe von Senatsverwaltungen (Inneres und Sport; Stadtentwicklung und Umwelt, Finanzen; Wirtschaft, Technologie und Forschung) sowie die Senatskanzlei beauftragt habe, den DOSB-Fragenkatalog zu beantworten und die erforderliche Dokumentation zu erarbeiten, die dem DOSB bis zum 31. August 2014 vorgelegt werden muss.⁹⁹ Der Senat geht davon aus, dass in der Berliner Bevölkerung eine grundsätzliche Offenheit für die Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele in ihrer Stadt bestehe.¹⁰⁰ Die Begeisterung der Berlinerinnen und Berliner für sportliche Großveranstaltungen hätte sich bereits in der Vergangenheit gezeigt, etwa bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, den Leichtathletik-Weltmeisterschaften 2009 oder zahlreichen Marathon-Veranstaltungen. Für den Senat stehe es außer Frage, dass ein solches Projekt die Unterstützung der Bevölkerung benötige und von einem breiten öffentlichen Konsens getragen werden müsse.¹⁰¹ Deshalb müssten die Ideen, Bedenken und Wünsche der Berlinerinnen und Berliner in einen möglichen Bewerbungsprozess im

-
- 97 Vgl. Presseerklärung des Hamburger Sportbundes vom 21. Mai 2014, abrufbar unter www.hamburger-sportbund.de/aktuelles/pressemitteilungen.php5?newsid=1713.
- 98 Vgl. zur sportlichen Situation den Sportwirtschaftsbericht Berlin (2012), abrufbar unter http://www.berlin.de/sen/inneres/assets/sport/sportwirtschaftsbericht_berlin_-_vollversion.pdf und die Studie „Sportmetropole Berlin“ (2011), abrufbar unter <http://www.stiftungzukunftberlin.eu/sites/default/files/files/Studie%20Sportmetropole%20Berlin%20FU%20B%20erlin%2011%2003%2031.pdf>
- 99 Die Pressemitteilung des Senats vom 24. Mai 2014 findet sich unter www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2014/pressemitteilung.125862.php. Vgl. dazu außerdem die Vorlage des Senats von Berlin 24. Juni 2014 über die Bewerbung Berlins um Olympische und Paralympische Spiele (Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 17/1736); das Dokument ist abrufbar unter <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/IIIPlen/vorgang/d17-1736.pdf>.
- 100 Jedoch formiert sich auch in Berlin – ganz in der Tradition der Ablehnungsfront bei Olympia 2000 (GASEROW 1993) – Widerstand gegen eine erneute Olympiabewerbung (taz, 01.08.2014, abrufbar unter www.taz.de/NOlympia-Buendnis-in-Berlin!/143487); vgl. auch einen Beitrag des Deutschlandfunks vom 2. August 2014, abrufbar unter http://www.deutschlandfunk.de/olympia-gegner-formieren-sich.1346.de.html?dram:article_id=293467 sowie die Übersicht unter <http://wirbleibenalle.org/?p=2031#more-2031>. Aktuelle Informationen von Nolympia Berlin finden sich unter www.facebook.com/pages/NOlympia-Berlin/529508843844585.
- 101 In der öffentlichen Debatte wurde bereits deutliche Kritik an den Kommunikationsformen des Berliner Senats geübt. Die Berliner Morgenpost spricht etwa in einem Kommentar vom 1. August 2014 von einem „Kommunikationsdesaster“ und sieht im Vorgehen der Berliner Behörden nur wenig Transparenz (www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article130805826/So-wird-nichts-aus-Olympia-2024.html); kritisiert wurde außerdem im Tagesspiegel vom 29. Juli 2014 Verfahren und Inhalt einer Onlinebefragung zur Olympiabewerbung (<http://www.tagesspiegel.de/berlin/olympische-spiele-in-berlin-senat-versteckt-buergerbefragung-zu-olympia/10265676.html>). Die Onlinebefragung und weitere Informationen des Berliner Senats zur Olympiabewerbung finden sich unter www.berlin.de/spiele-in-berlin.

Rahmen neuer Beteiligungsformen einfließen.¹⁰² Einer **Bewerbung Berlins**¹⁰³ käme entgegen, dass das Internationale Olympische Komitee im Rahmen seiner Reform-Agenda 2020 beabsichtigt, seine angekündigten Reformideen umzusetzen und auch die Vergabekriterien und Anforderungen für Olympische Spiele so zu modifizieren, so dass auch „bescheidenere“ Spiele,¹⁰⁴ die gleichermaßen umweltverträglich wie nachhaltig sind, möglich werden (AUMÜLLER/KEIL 2014).¹⁰⁵

Mit einer Entscheidung, wann und vor allem mit welcher Stadt sich Deutschland beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) um Olympia bewerben will, ist **voraussichtlich erst 2015** zu rechnen. Das DOSB-Präsidium wird zunächst im Rahmen von Gesprächen auf nationaler und internationaler Ebene prüfen, ob eine Bewerbung **bereits für 2024** sinnvoll erscheint **oder erst 2028** angestrebt werden sollte. Zu evaluieren ist dabei vor allem die Frage nach der internationalen Konkurrenzsituation; außerdem ist zu klären, inwieweit eine parallele Bewerbung um die **Olympischen Spiele 2024** und die **Fußball-Europameisterschaft 2024** durch den Deutschen Fußball-Bund (DFB) möglich ist bzw. als sinnvoll erachtet wird. Auch der weitere

-
- 102 In diesem Zusammenhang hat der Bund der Steuerzahler Berlin die aktuelle Diskussion um eine Olympia-Bewerbung Berlins zum Anlass genommen, an das Finanzgebaren der damaligen „Olympia Berlin 2000 GmbH“ zu erinnern. Er verweist auf den bereits oben angesprochenen Bericht des Berliner Rechnungshofes aus dem Jahr 1996, der eine Vielzahl von Verstößen der landeseigenen Olympia-GmbH und der Senatskanzlei gegen das Haushalts- und Zuwendungsrecht aufgelistet hatte. Für eine erneute Olympia-Bewerbung Berlins fordert der Bund der Steuerzahler ein Höchstmaß an Transparenz, umfangreiche Prüfungsrechte des Rechnungshofes auch für privatrechtliche Bewerbungsunternehmen und die absolute Einhaltung von haushaltsrechtlichen Vorschriften. Vgl. dazu die Pressemitteilung vom 8. August 2014, abrufbar unter <http://www.steuerzahler-berlin.de/Bewerbung-um-Olympia-2000/62353c722151p1288/index.html>.
- 103 Eine Übersicht des Senats vom 16. Juli („Berlin kann Olympia“) findet sich unter www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2014/meldung.147581.php. Der Senat geht davon aus, dass bei einer Bewerbung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) mit dem Austragungsort Berlin Kosten in einer Größenordnung von rund 50 Mio. Euro zu erwarten sind. Vgl. dazu die Antwort des Senats auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten Klaus Lederer und Katrin Lompscher (DIE LINKE) vom 29. Juli 2014; das Dokument ist abrufbar unter <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/SchrAnfr/S17-14294.pdf>.
- 104 Vgl. dazu die Informationen unter http://www.aroundtherings.com/site/A_48090/Title_Bach-Says-Success-Possible-for-German-Olympic-Bid/292/Articles#.
- 105 Die Städte Berlin und Hamburg haben Ende August 2014 die 13 Fragen des DOSB zu den Rahmenbedingungen einer möglichen Bewerbung für Olympische Spiele 2024 oder 2028 beantwortet; veröffentlicht wurden sie am 1. September 2014. Die Dokumente sind abrufbar unter www.dosb.de/de/olympia/olympische-news/detail/news/dosb_fragenkatalog_zu_moeglicher_olympiabewerbung_beantwortet. Die Broschüren und weiteres Material finden sich auch unter <http://www.berlin.de/spiele-in-berlin> sowie www.hamburg.de/spiele-fuer-hamburg/bewerbung (**Anlagen 1 und 2**). Zu den zu erwartenden finanziellen Lasten: Allein für die Bewerbung beim IOC werden von beiden Städten jeweils Ausgaben im Umfang von 50 Mio. Euro kalkuliert. Bei einem Zuschlag plant Berlin mit 2,4 Mrd. Euro für den Sportstättenbau, Hamburg mit 2,09 Mrd. Euro. Ein Kurzüberblick findet sich in Spiegel Online (01.09.2014), abrufbar unter www.spiegel.de/sport/sonst/olympische-sommerspiele-hamburg-und-berlin-planen-bewerbung-a-989208.html.

Fortgang des **Agenda-2020-Prozesses**¹⁰⁶ des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) ist zu berücksichtigen. Für den Fall, dass eine Entscheidung für eine Bewerbung für die Spiele 2024 fällt, wird das DOSB-Präsidium in den Sitzungen am 11. September¹⁰⁷ und am 28. Oktober sowie in verschiedenen Sitzungen der Gremien der Mitgliedsorganisationen des DOSB beraten. Am Ende des Diskussionsprozesses wird der DOSB entscheiden, ob mit Berlin oder Hamburg und gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt eine Bewerbung um Olympische Spiele stattfinden soll. Schließlich wird in Abstimmung mit den zuständigen Instanzen der Politik und den Untergliederungen des DOSB (Spitzenverbände, Landessportbünde und Verbände mit besonderen Aufgaben) entschieden werden, welcher Vorschlag der **Mitgliederversammlung am 6. Dezember 2014** in Dresden zur Entscheidung vorgelegt werden soll.¹⁰⁸

106 Im Juli 2014 berieten die Präsidenten internationaler Fachverbänden und Interessensgruppen in Lausanne auf Einladung von IOC-Präsident Thomas Bach über zentrale Themen der Agenda. Einvernehmen zeigte sich vor allem im Hinblick auf eine Änderung des Bewerbungsprozess um Olympische Spiele. Vgl. dazu www.olympic.org/news/olympic-summit-gives-full-support-to-olympic-agenda-2020/235284 sowie eine Übersicht des DOSB vom 15. Juli 2014, abrufbar unter www.dosb.de/en/olympia/olympische-news/detail/news/spiele_staerker_an_gastgeberstaedte_anpassen/.

107 Das Präsidium des DOSB hat in seiner 70. Sitzung am 11. September in Berlin die Antworten der Städte Berlin und Hamburg auf die vom DOSB gestellten Fragen zu einer möglichen Olympiabewerbung in erster Lesung zur Kenntnis genommen. Die Antworten beider Städte sollen in enger Abstimmung mit den Mitgliedsorganisationen des DOSB ausgewertet werden. Dazu zähle auch der intensive Austausch mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) über dessen Bewerbung um die Fußball-EM 2024. In die Entscheidung sollen neben Ergebnissen der Auswertung des Fragenkatalogs auch die Zustimmung der Bevölkerung, die weltweite Ausgangssituation und die internationalen Erfolgsaussichten sowie die Ergebnisse des IOC-Reformprozesses einfließen. Die Presseerklärung Nr. 65/2014 findet sich unter <http://newsletter.dosb.de/newsletter/newsletter.php?id=5241&html=1>.

108 Vom angestrebten Jahr der Spiele ist auch abhängig, ob im Dezember 2014 bereits die Wahl auf Berlin oder Hamburg fallen muss. Sollte sich der DOSB auf 2024 festlegen, müsste die Bewerbung bereits im Herbst 2015 beim IOC angemeldet werden. Bei der Alternative 2028 besteht hingegen kein Zeitdruck. Für das Jahr 2024 haben bereits die Städte Madrid, Istanbul, Paris, Washington, Los Angeles, Boston, San Francisco und Durban ihr Interesse bekundet. Vgl. hierzu die Übersicht unter http://en.wikipedia.org/wiki/2024_Summer_Olympics.

6. Literatur¹⁰⁹

ADOLPHSEN, Jens (2013). Die Vermarktung Olympischer Spiele, in: Höfling, Wolfram/Horst, Johannes/Nolte, Martin (Hrsg.): Olympische Spiele, Tübingen: Mohr Siebeck, 95-106.

AHLERT, Gert (2001). Die Ausrichtung Olympischer Spiele aus ökonomischer Perspektive (GWS Discussion Paper 2001/3). Osnabrück: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS), abrufbar unter <http://www.gws-os.com/discussionpapers/gws-paper01-3.pdf>.

AHLERT, Gert (2004). Investive Sportförderung in der Bundesrepublik (GWS Discussion Paper 2004/2). Osnabrück: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS), abrufbar unter <http://www.gws-os.de/Downloads/gws-paper04-2.pdf>.

AHLERT, Gert (2006). Volkswirtschaftlichen Wirkungen des Sportstättenbaus. Osnabrück: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS), abrufbar unter <http://www.gws-os.de/Downloads/gws-paper06-2.pdf>.

ANDRANOVICH, Greg/BURBANK, Matthew J./HEYING, Charles H. (2001). Olympic cities: lessons learned from mega-event politics, in: Journal of urban affairs, Vol. 23(2), 113-131.

ANDREFF, Wladimir (2012). The Winner's Curse: Why Is the Cost of Sports Mega-Events so Often Underestimated?, in: Maennig, Wolfgang/Zimbalist, Andrew (Hrsg.). Handbook on the Economics of Mega-Sporting Events, Cheltenham UK: Edward Elgar, 37-69, abrufbar unter: http://halshs.archives-ouvertes.fr/docs/00/70/34/66/PDF/Definitely_4_Andreff_in_Maennig-Zimbalist_final_clean_copy_last_revision_August.pdf.

AUMÜLLER, Johannes/KEIL, Christopher (2014). Thomas de Maizière: „Olympia muss bescheidener werden“ (Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Interview mit der Süddeutschen Zeitung), in: sueddeutsche.de, 1. Februar 2014, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/sport/bundesinnenminister-thomas-de-maizire-im-interview-olympia-muss-bescheidener-werden-1.1877444>.

BAIRNER, Alan/MOLNAR, Gyozo (Hrsg.) (2010). The politics of the Olympics: A survey, London: Routledge.

BERGSGARD, Nils; HOULIHAN, Barrie; MANGSET, Per; NØDLAND, Svein Ingve; ROMMETVEDT, Hilmar (2007). Sport Policy. A Comparative Analysis of Stability and Change. Amsterdam: Butterworth-Heinemann.

BLAKE, Adam (2005). The Economic Impact of the London 2012 Olympics. Christel DeHaan Tourism and Travel Research Institute: Nottingham University Business School; abrufbar unter http://epress.lib.uts.edu.au/research/bitstream/handle/2100/994/Impact%202005_5.pdf.

109 Letzter Zugriff auf die im Text zitierten Online-Dokumente und in der Literaturliste enthaltenen Einträge: 5. September 2014.

-
- BOYKOFF, Jules (2012). What is the real price of the London Olympics?, in: The Guardian, 04.04.2012, abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2012/apr/04/price-of-london-olympics>.
- BRAUN, Boris/VIEHOFF, Valerie (2012). London 2012: Olympische Spiele als nachhaltiger Impulsgeber für die Stadterneuerung? in: Geographische Rundschau 64 (6) 4-11.
- BRENKE, Karl/WAGNER, Gert G. (2007). Zum volkswirtschaftlichen Wert der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland (Research Notes 19), Berlin: DWI, abrufbar unter: <http://www.diw.de/documents/%20publikationen/73%20/56559/rn19.pdf>.
- BRENKE, Karl/WAGNER, Gert G. (2014). Brasiliens Wirtschaft hat nichts von der Fußball-WM, in: Der Tagesspiegel Online, 02.06.2014, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fussball-weltmeisterschaft-2014-brasiliens-wirtschaft-hat-nichts-von-der-fussball-wm/9979584.html>.
- BÜCH, Martin-Peter (2013). Von großen Ideen zum Alltag Olympischer Spiele: Wer finanziert, wer verdient an der Organisation Olympischer Spiele? In: Emrich, Eike/Pitsch, Werner/Büch, Martin-Peter (Hrsg.): Olympische Spiele - noch zeitgemäß? Werte, Ziele, Wirklichkeit in multidisziplinärer Betrachtung, Saarbrücken: universaar, 97-118.
- BÜCH, Martin-Peter/MAENNIG, Wolfgang/SCHULKE, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2012). Sport und Sportgroßveranstaltungen in Europa - zwischen Zentralstaat und Regionen, Hamburg: Hamburg University Press.
- BÜCH, Martin-Peter/MAENNIG, Wolfgang/SCHULKE, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2011). Internationale Sportevents im Umbruch? Instrumentalisierung, Digitalisierung, Trivialisierung, Aachen: Meyer & Meyer Verlag, abrufbar unter: http://www.amazon.de/Internationale-Sportevents-Umbruch-Instrumentalisierung-Digitalisierung/dp/3898996808#reader_3898996808
- BÜCH, Martin-Peter; MAENNIG, Wolfgang; SCHULKE, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2009): Sportfinanzierung - Spannungen zwischen Markt und Staat. Hamburg: Hamburg Univ. Press, abrufbar unter http://hup.sub.uni-hamburg.de/opus/volltexte/2008/70/pdf/HamburgUP_HWWI_02_Sportfinanzierung.pdf.
- BUNDESREGIERUNG (2006). 11. Sportbericht der Bundesregierung (Unterrichtung durch die Bundesregierung, 4. 12. 2006, BT-Drs.16/3750), Berlin: Deutscher Bundestag.
- BUNDESREGIERUNG (2010): 12. Sportbericht der Bundesregierung (Unterrichtung durch die Bundesregierung vom 03. 09. 2010, BT-Drs.17/2880). Berlin: Deutscher Bundestag.
- CONSTABLE, George M. (1996). The XI, XII & XIII Olympiads. Berlin 1936, St. Moritz 1948. Los Angeles: Firefly Books.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (2013). Großveranstaltungen als Motor für nachhaltige Entwicklung. Analyse und Erfolgsfaktoren. Frankfurt: GIZ.

DIEBL, Elisabeth (2009). Management von Sportgroßveranstaltungen unter besonderer Berücksichtigung des Stakeholdermanagements, Hamburg: Diplomica Verlag.

EMRICH, Eike/PITSCH, Werner/BÜCH, Martin-Peter (Hrsg.) (2014). Olympische Spiele - noch zeitgemäß? Werte, Ziele, Wirklichkeit in multidisziplinärer Betrachtung, Saarbrücken: universaar.

ETTEL, Anja (2014). Vier Wochen WM – am Ende gewinnt immer die Fifa, in: Welt Online, 2014-07-12, abrufbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article130072215/Vier-Wochen-WM-am-Ende-gewinnt-immer-die-Fifa.html>.

EUROPEAN COMMISSION, DG EDUCATION AND CULTURE (2011): Sport Satellite Accounts - A European Project: New Results, Brussels.

FLYVBJERG, Bent/STEWART, Allison (2012). Olympic Proportions: Cost and Cost Overrun at the Olympics 1960-2012 (Said Business School Working Papers, June 2012), University of Oxford: Said Business School, abrufbar unter http://eureka.bodleian.ox.ac.uk/4943/1/SSRN-id2382612_%282%29.pdf.

FRANKE, Marcus (2010). Sport und Sportgroßveranstaltungen in Europa – zwischen Zentralstaat und Regionen, in: Sportwissenschaft, 40 (1) 71-73.

FREEMAN, Edward/MCVEA, John (2006). A Stakeholder Approach to Strategic Management, in: Hitt, Michael A./Freeman, R. Edward/Harrison, Jeffrey S. (Hrsg.): The Blackwell Handbook of Strategic Management, Oxford, UK: Blackwell Publishing.

GÄDEKE, Henning (2012). Sportgroßveranstaltungen als staatliche Herausforderung, Frankfurt M.: Peter Lang.

GASEROW, Vera (1993). Die Spieleverderber, in: Die Zeit, 7. Mai 1993, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/1993/19/die-spielerverderber/komplettansicht>.

GERMANN, Daniel (2014). Es droht ein Debakel: Winterspiele-2022-Vergabe, in: Neue Zürcher Zeitung, 2014-07-09, abrufbar unter: <http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/olympia-in-der-sackgasse-1.18339474>.

GÜLDENPFENNIG, Sven (2013). Die Höhen des globalen Olymp und die Mühen der bayerischen Ebene. Zur gescheiterten Münchner Olympiabewerbung um die Ausrichtung der Winterspiele von 2018, in: Hofmann, Annette R./Krüger, Michael (Hrsg.): Olympia als Bildungsidee. Beiträge zur olympischen Geschichte und Pädagogik, Bildung und Sport. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 277-314.

HEINIG, Stephan (2013). Unternehmensstrukturen und die wirtschaftliche Bedeutung des Sport-Sektors. Wirtschaft und Statistik, 2013(1), S. 62-68; abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/DienstleistungenFinanzdienstl/SpSportSektor_012013.pdf?__blob=publicationFile

HÖFLING, Wolfram/HORST, Johannes/NOLTE, Martin (Hrsg.) (2013). Olympische Spiele, Tübingen: Mohr Siebeck.

HOULIHAN, Barrie/GIULIANOTTI, Richard (2012). Politics and the London 2012 Olympics: The (in)security Games, in: International Affairs, Vol. 88(4), 701-717.

HOULIHAN, Barry; GREEN, Mick (Eds.) (2008). Comparative Elite Sport Development. Systems, Structures and Public Policy. Amsterdam: Elsevier.

HUSCHKA, Denis/BRUHN, Anja/WAGNER, Gert G. (2010). Fussball-WM in Südafrika: Kaum wirtschaftlicher Nutzen, aber ein Beitrag zum Nation Building, in: DIW Wochenbericht, Vol. 77(23), 11–18.

IOC (2014). Olympic Games: Legacies and Impacts Bibliography. List of publications, articles, reports, studies and electronic sources (June 2014), abrufbar unter http://www.olympic.org/Assets/OSC%20Section/pdf/LRes_7E.pdf.

JASMAND, Stephanie/MAENNIG, Wolfgang (2008). Regional Income and Employment Effects of the 1972 Munich Summer Olympic Games, in: Regional Studies: The Journal of the Regional Studies Association, Vol. 42(7), 991-1002.

KESENNE, Stefan (2012). The Economic Impact, Costs and Benefits of the FIFA World Cup and the Olympic Games: Who Wins, Who Loses?, in: Maennig, Wolfgang/Zimbalist, Andrew (Hrsg.): International Handbook on the Economics of Mega Sporting Events, Cheltenham UK: Edward Elgar Publishing, 270-278.

KLUGE, Volker (1997). Olympische Sommerspiele - Die Chronik Bd.1: Athen 1896 - Berlin 1936, Berlin: Sportverlag.

KLUGE, Volker (1998). Olympische Sommerspiele, Die Chronik Bd. 2: London 1948 - Tokio 1964, Berlin: Sportverlag.

KLUGE, Volker (1999). Olympische Winterspiele - Die Chronik: Chamonix 1924 – Nagano 1998. (3., erw. Auflage), Berlin: Sportverlag.

KLUGE, Volker (2000). Olympische Sommerspiele - Die Chronik Bd.3: Mexico City 1968 - Los Angeles 1984, Berlin: Sportverlag.

KLUGE, Volker (2001). Olympische Sommerspiele - Die Chronik Bd.4: Seoul 1988 - Atlanta 1996, Berlin: Sportverlag.

KURSCHEIDT, Markus (2002). Ökonomik von Sportgroßveranstaltungen – Theoretische und methodische Aspekte eines integrierten Ansatzes. In: M.-P. Büch, W. Maennig, H.-J. Schulke (Hrsg.) Regional- und sportökonomische Aspekte von Sportgroßveranstaltungen (163-180). Köln: Sport & Buch Strauss.

LANGE, Martin (2013). Sicherheit im „Sommermärchen“: Staatliche und private Sicherheitsverantwortung bei Sportgroßveranstaltungen am Beispiel der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Hamburg: Kovac.

LANGER, Mathias (2006a). Öffentliche Sportförderung: eine ordnungspolitische Betrachtung. In: Wirtschaftsdienst, 86 (2006), 2, S. 120-124.

LANGER, Mathias (2006b). Öffentliche Förderung des Sports. Eine ordnungspolitische Analyse. 1. Aufl. Duncker & Humblot

MAENNIG, Wolfgang (2006). Zur Finanzierung und Budgetierung Olympischer Spiele, in: Kutschke, Frank (Hrsg.): Ökonomie Olympischer Spiele, Schorndorf: Hofmann, 13-24.

MAENNIG, Wolfgang (2007). Ein Jahr danach – Eine ökonomische Nachlese zur Fußball-WM 2006, in: Wirtschaftsdienst, Vol. 87(6), 378-385.

MAENNIG, Wolfgang (2014). Olympische Sommerspiele nach 52 Jahren: Deutschland ist dran!, in: FAZ.NET, 04.08.2014, abrufbar unter: http://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/olympia-bewerbung-deutschland-ist-dran-13079611.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

MAYER, Bernd; AHLERT, Gert (1999). Die ökonomische Bedeutung des Sports in der Bundesrepublik Deutschland. In: BISp-Jahrbuch 1999, 249-266, abrufbar unter http://www.bisp.de/nr_15924/SharedDocs/Downloads/Publikationen/Jahrbuch/Jb_1999_Artikel/Meyer_Ahlert.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Meyer_Ahlert.pdf.

MEYER, Bernd; AHLERT, Gerd; SCHNIEDER, Claudia (2000): Die ökonomischen Perspektiven des Sports. Schorndorf: Hofmann.

PAYNE, Michael (2014). Olympische Spiele: Mehr als nur eine Marke, in: Preuss, Holger (Hrsg.): Marken und Sport: Aktuelle Aspekte der Markenführung im Sport und mit Sport, Wiesbaden: Springer Gabler, 531–544.

PAWLOWSKI, Tim/BREUER, Christophe (2012b). Die finanzpolitische Bedeutung des Sports in Deutschland, Wiesbaden: Springer Gabler.

PAWLOWSKI, Tim; BREUER, Christoph (2012a). Ansätze zur Quantifizierung der finanzpolitischen Bedeutung des Sports (Unterlage für die Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2012). Köln: Deutsche Sporthochschule.

POYNTER, Gavin/MACRURY, Iain (Hrsg.) (2009). Olympic Cities: 2012 and the Remaking of London, Ashgate Publishing.

PREUSS, Holger (2004). The Economics of Staging the Olympics: A Comparison of the Games 1972-2008, Cheltenham UK: Edward Elgar Publishing.

PREUSS, Holger (2007). The conceptualisation and measurement of mega sport event legacies, in: Journal of Sport & Tourism, 12 (3/4) 207-227.

PREUSS, Holger (2011). Kosten und Nutzen Olympischer Winterspiele in Deutschland: Eine Analyse von München 2018, Wiesbaden: Gabler Springer.

PREUSS, Holger (2013). Olympische Spiele der Neuzeit als Wirtschaftsfaktor - Wer profitiert von den Olympischen Spielen? in: Höfling, Wolfram/Horst, Johannes/Nolte, Martin (Hrsg.): Olympische Spiele, Tübingen: Mohr Siebeck, 27–57.

PREUSS, Holger/ALFS, Christian/AHLERT, Gerd (2012). Sport als Wirtschaftsbranche: Der Sportkonsum privater Haushalte in Deutschland 2012. Wiesbaden: Springer Gabler.

PREUSS, Holger/KURSCHEIDT, Markus/SCHÜTTE, Norbert (2009a). Ökonomie des Tourismus durch Sportgroßveranstaltungen: Eine empirische Analyse zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Wiesbaden: Gabler Verlag.

PREUSS, Holger/KURSCHEIDT, Markus/SCHÜTTE, Norbert (2009b). Ökonomischer Impakt von Sportgroßveranstaltungen, in: Preuss, Holger/Kurscheidt, Markus/Schütte, Norbert (Hrsg.): Ökonomie des Tourismus durch Sportgroßveranstaltungen, Gabler, 23–61, abrufbar unter: <http://www.springerlink.com/content/q20888lg17217k12/abstract>.

RIEDLE, Gabriele (1991). Olympische Spiele in Berlin? Nur Pannen und Peinlichkeiten, in: Die Zeit, 20. September 1991, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/1991/39/nur-pannen-und-peinlichkeiten>.

SCHILLER, Kay (2010). The 1972 Munich Olympics and the Making of Modern Germany, Berkeley: Univ of California Press.

SIEGFRIED, John; ZIMBALIST, Andrew (2006). The Economic Impact of Sports Facilities, Teams and Mega-Events, in: The Australian Economic Review, 39 (2006), 4, S. 420-427.

SpEA (2007). The Vilnius Definition of Sport, official manual, Vienna and Vilnius.

TETŁAK, Karolina (2013). The Taxpayer as the Unofficial Sponsor of the London 2012 Olympic Games, in: The International Sports Law Journal, Vol. 13(1-2), 97–103, abrufbar unter: <http://link.springer.com/article/10.1007/s40318-013-0005-5>.

THÖNI, Erich/BARTH, Michael (2012). Öffentliche Förderung von Sportgroßveranstaltungen: Pros und Cons aus sozioökonomischer Sicht, in: Büch, Martin-Peter/Maennig, Wolfgang/Schulke, Hans-Jürgen (Hrsg.): Sport und Sportgroßveranstaltungen in Europa - zwischen Zentralstaat und Regionen, Hamburg: Hamburg University Press, 173–210.

VÖPEL, Henning (2014). Olympische Spiele in Hamburg - produktive Vision oder teure Fiktion? Regionalwirtschaftliche und standortpolitische Chancen und Risiken einer Bewerbung Hamburgs für die Ausrichtung Olympischer Spiele (HWWI Policy Paper, No. 84), Hamburg: HWWI.

7. Anlagen

Anlage 1: Die ganze Welt in unserer Stadt: Interessenbekundung Berlins für die Olympischen und Paralympischen Spiele (August 2014)

Anlage 2: Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg: Perspektiven einer künftigen Olympiabewerbung (Die Antworten der Freien und Hansestadt Hamburg an den Deutschen Olympischen Sportbund, 26. August 2014)